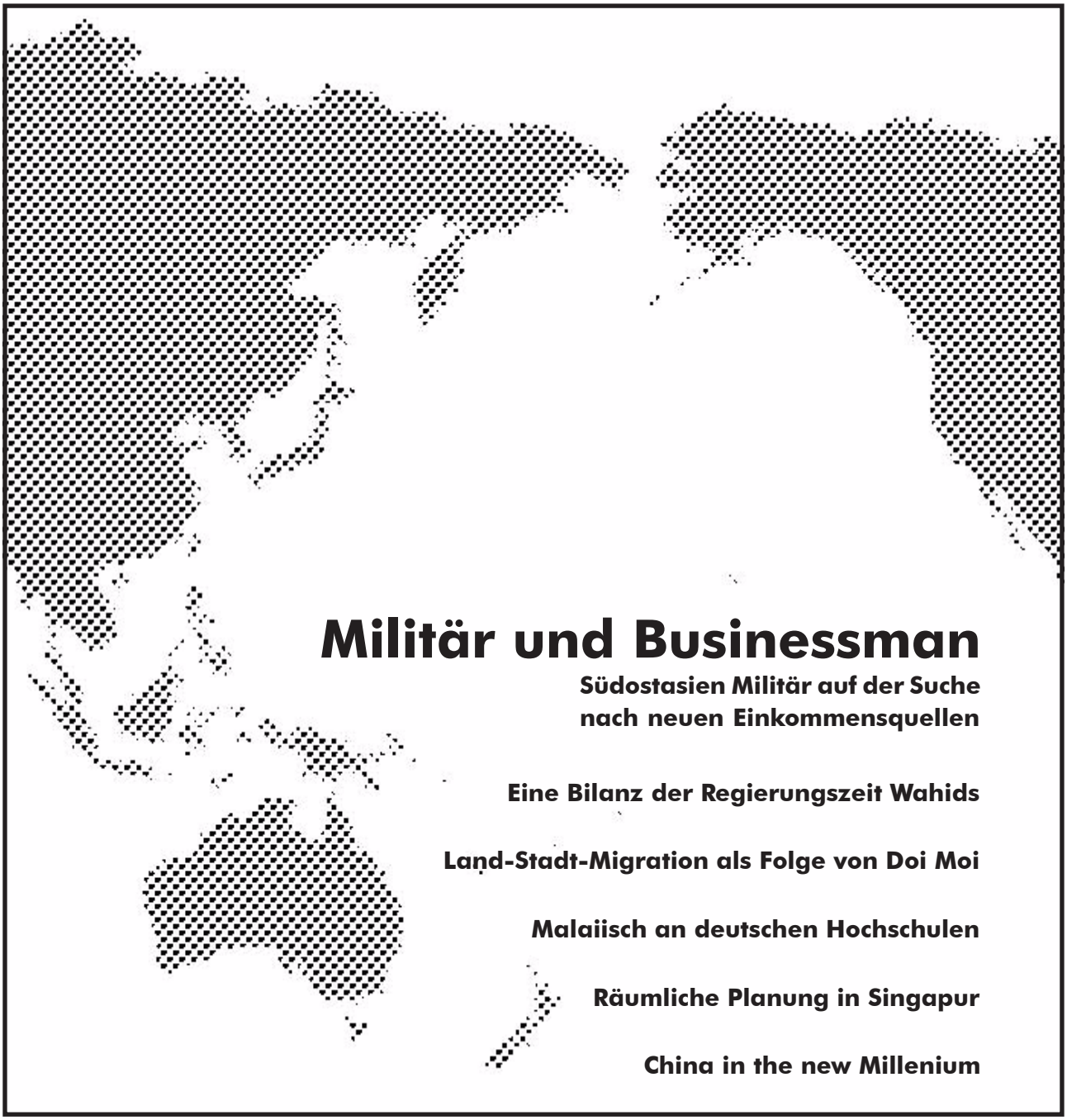
Nr. 16 - Juli/August 2001 www.pacific-news.de ISSN 1435-8360

Pacific News

Nachrichten - Mitteilungen - Hintergründe
aus dem Pazifischen Raum

Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V.



Militär und Businessman

Südostasien Militär auf der Suche nach neuen Einkommensquellen

Eine Bilanz der Regierungszeit Wahids

Land-Stadt-Migration als Folge von Doi Moi

Malaiisch an deutschen Hochschulen

Räumliche Planung in Singapur

China in the new Millenium

Die **Pacific News (PN)**, ISSN 1435-8360, ist das periodisch erscheinende Informationsmedium der **Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V. (APSA)**.
Durch die interdisziplinäre Vielfalt der Artikel möchte die Pacific News ihren Lesern die Beschäftigung mit aktuellen Entwicklungen im asiatisch-pazifischen Raum erleichtern; ferner ist es ein Bestreben der APSA, engagierten Nachwuchswissenschaftlern eine seriöse Publikationsplattform anzubieten.
Die Pacific News erscheint derzeit halbjährlich in Göttingen.
Interessierte Autoren können die Redaktion unter den angegebenen Adressen kontaktieren.

Inhaltsverzeichnis

- Offizier und Businessman -Südostasiens Militär auf der Suche nach neuen Einkommensquellen..... *Wolf-Christian Paes* 4
- Enttäuschte Hoffnungen - Eine innen- und außenpolitische Bilanz der Regierungszeit Wahids..... *Monika Arnez* 7
- Malaiisch als Fremdsprache an deutschsprachigen Hochschulen..... *Bernd Nothofer* 10
- Vietnam: Stadt-Land-Migration als Folge von Doi Moi - Das Beispiel Hanoi..... *Michael Waibel* 12
- Räumliche Planung in Singapur: Institutionen und Instrumente..... *Michael Hollenhorst* 15
- Analyse des asiatischen e- und m-Commerce anhand ausgewählter Beispiele..... *Harald Beer* 17
- Projektvorstellung: STORMA „Stability of Rainforest Margins“ in Indonesia..... *Veronika Fuest/Mai-Lin Tjoa-Bonatz* 19
- Conference Report: Labour in a Globalising World - The Challenge for Asia..... *Rolf Jordan* 21
- Workshop Report: China in the New Millenium..... *Anja Jetschke* 23
- Praktikumsbericht: Das Science Education Quality Improvement Project (SEQIP) der GTZ in Indonesien..... *Claudia Winkelmann* 26

Impressum

Herausgeber der Pacific News:
Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V.
http://www.geogr.uni-goettingen.de/kus/apsa/apsainfo.htm
c/o Geographisches Institut
Goldschmidtstr. 5
D-37077 Göttingen
Tel: +49-551-39.80.22
Fax: +49-551-39.12.140
Email: redaktion@pacific-news.de
(Email an Redaktion der Pacific News)

Vorstand:
Prof. Dr. W. Kreisel (wkreise@gwdg.de)
Dr. C. Fensterseifer (cfensters@aol.com)
Dr. M. Waibel (mwaibel@gwdg.de)

Redaktion:
R. Jordan (V.i.S.d.P.)
M. Waibel

Webtipps
H.O. Franken

Layout Printversion:
M. Waibel
R. Jordan

Layout Webversion:
M. Waibel

Photonachweis:
M. Hollenhorst
C. Winkelmann
N. Grabenheinrich
R. Jordan
Ng. Duc Chinh

Postproduktion:
N. Wieczorek

Die einzelnen Beiträge spiegeln nicht immer die Meinung der APSA wieder.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe:

22.10.2001

Senden Sie Kommentare und kritische Stellungnahmen sowie Artikel an:

Rolf Jordan (rojordan@uni-kassel.de)

oder:

Michael Waibel (mwaibel@gwdg.de)

Editorial

Wie bereits in der letzten **Pacific News** waren wir auch bie der Konzeption und Zusammenstellung der vorliegenden Ausgabe darum bemüht, ein möglichst breites Spektrum an Beiträgen zusammen zu tragen. Und so reichen die Themen der hier versammelten Artikel von der Rolle südostasiatischer Militärs im Wirtschaftsleben ihrer Länder über die Land-Stadt-Migration in Vietnam als Folge von Doi Moi bis zur Bestandsaufnahme des Malaiischen als Fremdsprache an deutschen Hochschulen, während sich der geographische Bogen diesmal von Vietnam und China im Norden bis in den Osten Indonesiens erstreckt.

Zwei Tagungsbereichte, ein Praktikumsbericht und die Vorstellung eines an den Universitäten in Göttingen und Kassel angesiedelten Sonderforschungsbereichs zur 'Stabilität von Regenwaldrandzonen' bilden einen weiteren Schwerpunkt dieser **Pacific News**, mit dem wir einmal mehr Einblicke in die Praxis aktueller Ost- und Südostasienforschung ermöglichen wollen.

Dass das Bild auch diesmal durch eine ganze Reihe interessanter und nützlicher Webtipps abgerundet wird, soll gleichsam Anlass sein, an dieser Stelle auch noch einmal über die Print-Version hinaus auf die Online-Publikation der **Pacific News** zu verweisen. Unter der Adresse www.pacific-news.de werden nicht nur die Beiträge der aktuellen Ausgabe als PDF-Dateien zum herunterladen bereit gehalten, sondern neben einer Vielzahl von 'Links' auch ein ein Archiv mit den Artikeln der meisten der bisher erschienen Ausgaben der **Pacific News** angeboten.

Derzeit wird das Online-Angebot der **Pacific News** weiter ausgebaut, so dass in Zuzkunft ein leichterer Zugriff auf die Artikel und Beiträge zu Südostasien und die pazifische Inselwelt möglich sein wird.

Weptipps

Asian-Pacific Law & Policy Journal (APLPJ)

http://www.hawaii.edu/aplpj/

Das APLPJ ist ein kostenloses Journal von der William S. Richardson School of Law (University of Hawaii) und bietet eine weltweites Forum für Präsentation und Diskussion von Rechtsfragen, politischen und sozioökonomischen Themen die die Region Ost-Asien, Polynesien und Australien betreffen. Aber auch andere Themen die die Region oder einzelne Staaten aus der Regionbetreffen werden besprochen.

China's militärisches Potenzial

http://www.comw.org/cmp/

Diese neue Site des Commonwealth Institute's Project on Defense Alternatives (PDA) bietet einen Zugang zur Analyse und zum Verständnis von China's Miltitärpolitik, seinen militärischen Fähigkeiten und Potential. Die Volltextdokumente sind nach Themen geordnet. Ein online-Zugang zu Spezialthemen wird ebenso angeboten wie Links zu verwandten Seiten, eine Bibliographie oder die Adressen einiger Spezialisten.
Die Site wird regelmäßig aktualisiert.

ASIANOW

http://www.cnn.com/ASIANOW/index.html

Asianow ist ein joint venture von CNN, Time and AsiaWeek. Auf der Site findet der Besucher die wichtigsten News aus Asien, sowie Analysen und Kommentare. Die wichtigsten aktuelle Informationen aus der Region findet man auf der Homepage, dazu Links zu Artikel aus „AsiaWeek" und „Times" sowie Video- und Audioclips von CNN. Die Region ist in 5 Sektionen untergliedert und zu jeder dieser Regionen werden regionsspezifische Nachrichten angeboten. Der Aufbau entspricht dem der Hauptseite. Zusätzlich gibt es noch die Rubriken Wirtschaft, Wetter, Sport, Reise und Unterhaltung.

Offizier und Businessman

Südostasiens Militär auf der Suche nach neuen Einkommensquellen

Wolf-Christian Paes

Shrimpfarmen, Textilfabriken, Banken und Fluggesellschaften – es gibt kaum einen Wirtschaftssektor, in dem sie nicht anzutreffen sind. In weiten Teilen Südostasiens – wie auch in Lateinamerika und Afrika – ist es nicht ungewöhnlich, dass sich die Streitkräfte nicht nur aus dem Verteidigungshaushalt, sondern auch aus privaten Geschäften finanzieren. Dabei handelt es sich um bedeutende Summen – für Indonesien stellte der Verteidigungsminister Juwono Sudarsono im vergangenen Jahr fest, dass die „offiziellen" Verteidigungsausgaben von 1.2 Milliarden US$, das sind etwa 2% des Bruttoinlandsproduktes, nur etwa ein Viertel der realen Verteidigungsausgaben decken.

Die Gründe für dieses ökonomische Engagement sind dabei in den verschiedenen Staaten durchaus vergleichbar – einerseits besteht häufig ein schmerzlicher Unterschied zwischen dem hohen sozialen Status des Soldaten und dem niedrigen Sold, andererseits sind die bewilligten Haushaltsmittel vielfach nicht ausreichend, um die Bedürfnisse der Streitkräfte zu decken. Vor diesem Hintergrund suchen Soldaten und Offiziere, ebenso wie das Militär als Institution nach neuen Einkommensquellen. Verstärkt wird dieser merkantilistische Trend einerseits durch den Teilrückzug der Regierung aus der Verteidigungsfinanzierung in der Folge der Finanzkrise und einer veränderten militärischen Bedrohungssituation; andererseits aber auch durch neuen wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeiten nach den marktwirtschaftlichen Reformen.

Weg in die Marktwirtschaft

Dabei profitieren die „Kaufleute in Uniform" von den bereits bestehenden Produktionskapazitäten des Militärs, etwa den Armeefarmen und Textilfabriken der chinesischen Volksbefreiungsarmee, die nun nicht mehr nur für das Militär, sondern auch (und überwiegend) für den zivilen Markt produzieren. Diese Produktionskapazitäten sind häufig eine Folge der Befreiungskriege – so war die Volksbefreiungsarmee während des chinesischen Bürgerkrieges darauf angewiesen, alle benötigten Güter selbst zu produzieren – Waffen und Munition, aber auch Lebensmittel, Medikamente und Uniformen. Diese Struktur einer sich selbst versorgenden Truppe – deren Soldaten zum Teil mehr Zeit in der Produktion als mit dem eigentlichen Militärdienst verbrachten findet – sich auch in anderen „revolutionären" Armeen der Region, etwa in Vietnam. Sie wurde nach dem Ende des Krieges in aller Regel beibehalten.

Neben diesen „Militärbetrieben" – die sich im Rahmen der Liberalisierungswelle in den achtziger und neunziger Jahren verstärkt auf den zivilen Markt ausrichteten – existieren viele Verbindungen zwischen Streitkräften und „norma-

Indonesien: Hüter der nationalen Einheit u. Belastung der Volkswirtschaft

Die indonesischen Streitkräfte (*Angkatan Bersenja Republik Indonesia – ABRI*) verstehen sich seit ihrer Gründung im Unabhängigkeitskampf gegen die niederländische Kolonialmacht nicht nur als Verteidiger des Landes gegen externe Bedrohungen, sondern auch als politischer Garant der Einheit des Landes. Dieser politische Anspruch drückt sich einerseits in der verfassungsrechtlichen Stellung von ABRI aus, welche der Armee eine feste Anzahl von Sitzen in der Volksversammlung garantiert, und andererseits in dem Bestreben, möglichst unabhängig von direkter staatlicher Finanzierung zu werden.

Die bereits in den vierziger Jahren durchgesetzte territoriale Armeestruktur führte dazu, dass ABRI – häufig als einzige Vertretung der Zentralgewalt – in jeder indonesischen Provinzstadt vertreten war. Notgedrungen griffen die zivilen Regierungen für die Besetzung von wichtigen Verwaltungsposten auf Offiziere zurück, lokale Kommandanten organisierten die Reisernte und herrschten in den ersten Jahren der Unabhängigkeit nicht selten wie Provinzfürsten.

Offiziell reicht das Geschäftsimperium des Militärs bis in das Jahr 1957 zurück, als holländische Unternehmen verstaatlicht und unter ABRI-Aufsicht gestellt wurden. Die staatliche Ölfirma *Pertamina* wurde ebenfalls in diesem Jahr unter Beteiligung des Militärs gegründet – im Jahre 1964 folgte die Verstaatlichung britischer, 1965 die Nationalisierung amerikanischer Unternehmen.

Während das Militär als Institution zum Großunternehmer wurde, sahen sich die Soldaten und Offiziere vor andere Herausforderungen gestellt. Der magere Sold reichte selten bis zum Monatsende und auch den Einheiten fehlte es an Nachschub und Lebensmitteln. Das Militär reagierte darauf, indem Offiziere in Industrieunternehmen angehalten wurden, Gewinne nicht mehr vollständig an die Regierung abzuführen, sondern einen Anteil für die „Wohlfahrt" des Militärs zu verwenden. Lokale Kommandanten erhoben „Steuern" bei örtlichen Geschäftsleuten und Soldaten begannen mit einem weitverzweigten Netz von informellen Aktivitäten, die vom Tauschhandel mit Militärgütern bis zur Nutzung militärischer Infrastruktur für private Geschäfte reichten.

Dieses Netz von privaten geschäftlichen Interessen, Selbstversorgung in ländlichen Gebieten und institutioneller Kontrolle von Großunternehmen besteht auch heute noch, in nur leicht veränderter Form, weiter. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Wohlfahrtsstiftungen (*Yayasan*) der einzelnen Teilstreitkräfte, die sich laut Statut um die sozialen Belange der Truppe kümmern. Über ein Netz von Beteiligungen kontrolliert das Militär so Unternehmen, deren Spektrum von Transportgesellschaften über Minen und Plantagen, bis hin zu Finanzinstitutionen reicht.

Staatliche Zuschüsse aus dem Verteidigungshaushalt decken nur noch etwa ein Viertel der realen Kosten, wie selbst die indonesische Regierung eingesteht. Dabei hat diese „unorthodoxe" Form der Verteidigungsfinanzierung bemerkenswerterweise weder zu einer besonders schlagkräftigen Armee, noch zu einem wirklich profitablen Geschäftsimperium geführt. Militärexperten stimmen darin überein, dass ABRI kaum in der Lage wäre, einer externen Bedrohung ernsthaft die Stirn zu bieten und selbst bei der Bekämpfung von Unruhen und Sezessionsbewegungen in dem riesigen Inselreich sind die Streitkräfte nicht besonders erfolgreich.

Die vielfältigen wirtschaftlichen Aktivitäten – gekoppelt mit nur schwach entwickelten staatlichen Aufsichtsbehörden – bieten viele Anreize zur Korruption für schlecht bezahlte Offiziere, welche die indonesische Volkswirtschaft alljährlich einen Milliardenbetrag kosten dürften. Dabei existierten geschäftliche Verbindungen zwischen Regierungsvertretern und hohen Offizieren, welche den Freiraum des Militärs noch vergrößert haben dürften. Auch die als Reformregierung angetretene Mannschaft des mittlerweile selbst in einen Korruptionsskandal verstrickten Präsidenten Wahid hat keine ernsthaften Anstrengungen unternommen, das Problem nach chinesischem Vorbild in Angriff zu nehmen. Für eine direkte Finanzierung von ABRI aus dem Staatshaushalt fehlt zur Zeit einfach das Geld.

len“ Staatsbetrieben. Der Schwerpunkt liegt traditionell im Transport- und Logistikgeschäft, sowie bei der Ausbeutung „strategischer“ Rohstoffe. So dominierte etwa das thailändische Militär bis in die neunziger Jahre hinein die nationale Fluggesellschaft *Thai Airways*, die indonesischen Streitkräfte die staatliche Ölfirma *Pertamina* und die ebenfalls staatliche Logistikagentur *Bulog*. Der Einfluss des Militärs auf diese Unternehmen führt einerseits zu lukrativen Nebenjobs für hohe Offiziere, und bietet darüber hinaus vielfältige Korruptionsmöglichkeiten.

Auf lokaler Ebene kontrollieren Territorialkommandeure häufig ihre eigenen Netzwerke von Kleinunternehmen. Dabei sind die Grenzen zwischen militärischem Auftrag und ziviler Produktion fließend – Fahrzeuge und Militärinfrastruktur werden für die Produktion zweckentfremdet, Soldaten verrichten ihren Dienst in Fabriken und auf den Feldern.

Der besondere Status der Militärbetriebe – häufig sind sie steuerbefreit und können militärische Infrastruktur und Personal kostenlos oder für einen nominalen Preis nutzen – verschafft ihnen dabei wichtige Kostenvorteile. Die wichtigste Ressourcen dieser Unternehmen liegt jedoch darin, dass sie das politische Gewicht des Militärs in die Waagschale werfen können. Dies führt zur Monopolbildung – ein Zeitungsbericht aus dem letzten Jahr berichtete von indonesischen Fischern, die unter Gewaltandrohung gezwungen wurden, ihren Fang zu einem niedrigen Preis an die Fischfabrik zu verkaufen, die vom Militär betrieben wird, anstelle an die besser bezahlende private Konkurrenz.

Organisierte Kriminalität

Die Grenzen zwischen legalen und kriminellen Geschäften ist dabei verschwommen – während das Militär sich bei seinen institutionellen Aktivitäten zumeist an die Gesetze hält, sind die Anreize für einzelne Soldaten stark, die Grenze zur Illegalität zu überschreiten. Die Erscheinungsformen dieser extremen Form von „Privatisierung“ sind durchaus variabel und reichen von der Erhebung von „Steuern“ (Schutzgelder) über den Handel mit militärischen Versorgungsgütern bis zu Bandenkriminalität im großen Stil.

So gibt es Hinweise darauf, dass die kambodschanische und thailändische Armee in großem Stil am Einschlag tropischer Edelhölzer in Kambodscha beteiligt waren. Auch der Anbau und Handel mit Drogen gehört, spätestens seit dem Vietnamkrieg, zu den etablierten Finanzierungsmechanismen bewaffneter Gruppen aller Art. Mit Waffen wird ebenfalls ein schwunghafter Handel getrieben, wobei bei den Geschäftspartnern nicht immer darauf geachtet wird, ob es sich um potentielle Verbündete oder Gegner handelt. Beim Schmuggel der heißen Ware kommt dem Militär zugute, dass die eigene Truppe zumeist mit dem Schutz der Grenzen betraut ist, so dass das Entdeckungsrisiko überschaubar bleibt. In städtischen Gebieten kontrollierten Militärs – etwa in Indonesien – Prostitution und Drogenhandel, ebenso wie das Geschäft mit Dokumenten.

Das Ausmaß dieses Problems variiert von Land zu Land und ist naturgemäß nur schwer zu quantifizieren. Es besteht aber kaum ein Zweifel daran, dass die explosive Mischung aus niedrigen Löhnen, Ehrgeiz und dem Zugang zu den Gewaltmitteln des Staates – bei weitver-

China: vom Reisbauern zum Gemischtwarenladen und wieder zurück

Chinas Armee hat eine lange Tradition der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, die ihre Wurzeln in der Kaiserzeit hat. So beschreibt bereits *Lord Shang* (255-206 v.Chr.) einen Militärstaat, dessen Agrarproduktion von der Armee organisiert werden soll, um eine Mobilisierung aller Ressourcen für Eroberungszüge zu ermöglichen. Generationen von Herrschern verfeinerten dieses System der Selbstversorgung der Armee, um die Bürde für den Staatshaushalt möglichst gering zu halten.

Die revolutionäre Volksbefreiungsarmee der dreißiger und vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts kopierte dieses Modell. Der Schwerpunkt ökonomischer Betätigung lag auf der Agrarproduktion, um die Versorgung der Streitkräfte sicherzustellen. Nach der erfolgreichen Machtübernahme blieb es bis zur Kulturrevolution bei diesem Fokus. Aus ideologischen Gründen wurden Soldaten weiterhin als Erntehelfer eingesetzt, die Armee betrieb ein Netz von Armeefabriken, die primär den Bedarf der Soldaten an Versorgungsgütern und Ausrüstung decken sollten.

Die vorsichtigen marktwirtschaftlichen Reformen gegen Ende der siebziger Jahre führten zu einer neuen Situation – einerseits wurde mehr Kapital für zivile Investitionen benötigt, andererseits führte ein verändertes strategisches Umfeld zu einer schlechteren Verhandlungsposition des Militärs, der Verteidigungshaushalt sank zwischen 1979 und 1981 um 24 Prozent.

Vor diesem Hintergrund wurden die existierenden „Militärunternehmen“ kommerzialisiert und neue Geschäftsfelder erschlossen. Dieser „military-business complex“, in der englischsprachigen Literatur auch „PLA, Inc.“ genannt, sollte einerseits die reduzierten Staatsgelder ausgleichen, bot gleichzeitig aber auch Beschäftigungsmöglichkeiten für die Ehefrauen von Soldaten und für Veteranen.

In der ersten Phase (1978-1984) der „Kommerzialisierung“ nutzte die Volksbefreiungsarmee insbesondere die ihr zur Verfügung stehende Transportinfrastruktur (Häfen, Flugfelder, Zugang zum Schienennetz) und ermunterte die Armeefarmen, für den zivilen Markt zu produzieren. In der zweiten Phase (1984-1989) wuchs die Anzahl der Armeebetriebe auf etwa 20.000 an, davon waren 90% kleine und mittlere Unternehmen, der Rest bestand aus Großbetrieben und Unternehmensgruppen. Die Produktion dieser Unternehmen umfasste nahezu alle Wirtschaftsbereiche – von Fluglinien (*China United Airlines*) über Hotelketten bis hin zur Telekommunikation. Die Mehrzahl der Unternehmen war jedoch im Bereich der leichten industriellen Fertigung angesiedelt und stellte etwa Fernseher, Gefrierschränke und Waschmaschinen her. Die Profite aus den Militärunternehmen stiegen um geschätzte 700% und stellten etwa zehn Prozent der dem Militär zur Verfügung stehenden Mittel dar.

In den neunziger Jahren setzte – für viele ausländische Beobachter überraschend – ein langsamer Ausstieg der Volksbefreiungsarmee ein. Hierfür dürften zwei Entwicklungen von Bedeutung sein – einerseits steigen die offiziellen Ausgaben für die chinesische Verteidigungsarmee seit einiger Zeit kontinuierlich an, und andererseits ist die KP besorgt über den Anstieg der Korruption im Umfeld der Militärunternehmen.

So nutzte das Militär etwa den zollfreien Status seiner Häfen, um mit der marineeigenen Handelsflotte ein schwunghaftes Importgeschäft zu betreiben, auch von Immobilienspekulation und undurchsichtigen Finanzgeschäften ist die Rede.

Seit dem offiziellen Ausstieg aus dem *Military Business* beschränkt sich die Volksbefreiungsarmee wieder auf die traditionellen Armeefarmen, sowie eine Vielzahl von Kleinbetrieben, die eher sozialen, denn kommerziellen Zwecken dienen. Eine Reihe von „strategischen“ Unternehmen im Infrastrukturbereich, darunter auch zumindest eine Fluggesellschaft, bleiben jedoch unter der Kontrolle der Streitkräfte.

breiteter Korruption in anderen Wirtschaftsbereichen – viele Offiziere verführt hat.

Kasse machen im Krieg

Krisensituation, etwa interne Unruhen, oder eine Bedrohung durch ein Nachbarland, können dabei aus Sicht des Militärs durchaus positiv sein, insbesondere dann, wenn das Risiko einer militärischen Niederlage gering ist. Interne Krisen – wie etwa die Sezessionsbewegungen in den indonesischen Provinzen *Aceh*, *Iryan Jaya* und auf den *Molukken* – bieten die Gelegenheit, die Verhandlungsposition des Militärs gegenüber der zivilen Regierung zu stärken. Gleichzeitig führen Konflikte – und die damit verbundenen Geheimhaltungsvorschriften – zu abnehmender Transparenz, welche für die wirtschaftlichen Interessen des Militärs positiv ist. Und schließlich bieten die mit Konflikten einhergehenden Neuanschaffungen weiten Spielraum für Korruption durch überteuerte Einkäufe („*mark-ups*“) und zurückfließende Provisionen („*kick-backs*“).

Private Unternehmen, insbesondere Minengesellschaften und die Erdölbranche, zahlen in Krisenregionen „Schutzgeld“ an die regionalen Kommandeure, um die Verteidigung der eigenen Anlagen gegen Guerillaangriffe zu verteidigen. Ein Beispiel hierfür ist der Konflikt in der indonesischen Unruheprovinz *Aceh* zwischen der Zentralregierung und dem *Free Aceh Movement (GAM)*. Hier kontrolliert die Guerilla achtzig Prozent der für ihren Ölreichtum bekannten Provinz – ausländische Ölfirmen sind gezwungen, ihre Anlagen vom Militär schützen zu lassen. Die Firma *ExxonMobil* etwa bezahlt – über ein *Production Sharing Contract* mit *Pertamina* – für 1000 Soldaten zum Schutz des *Arun* Gasfeldes.

Vor diesem Hintergrund kann es durchaus im Interesse der Streitkräfte liegen, einen Konflikt auf kleiner Flamme köcheln zu lassen, oder gar zu eskalieren, anstatt eine Verhandlungslösung (oder auch einen militärischen Sieg) anzustreben. So gibt es Gerüchte, dass das indonesische Militär selbst hinter der jüngsten Eskalation in *Aceh* steht und sogar Waffen an den Feind, die GAM, verkauft hat.

Schlechte Manager u. Soldaten

Aber auch ohne Konflikt fällt die Bilanz von *Military Business* durchwachsen aus – die militärische Einsatzfähigkeit der Truppe nimmt ab, wenn die Soldaten mehr mit der Produktion als mit dem Kriegshandwerk beschäftigt sind und wenn ihre Offiziere mehr Energie darauf verwenden, Unternehmen zu leiten anstelle Truppen zu kommandieren. Die Professionalität der Truppe leidet unter den vielfältigen Korruptionsmöglichkeiten, die mit *Military Business* verbunden sind.

Wirtschaftlich erscheint der Nutzen von militärgeführten Unternehmen höchst zweifelhaft – es spricht wenig dafür, dass Soldaten bessere Manager als zivile Unternehmer sind. Kaum ein Wirtschaftssektor ist auf das Fachwissen von Soldaten angewiesen. Militärunternehmen sind – wenn sie wirklichen Marktbedingungen unterliegen – nicht effizienter als andere Staatsunternehmen. Die scheinbare Einsparung im Verteidigungshaushalt wird durch höhere indirekte volkswirtschaftliche Kosten und eine Erosion der militärischen Professionalität erkauft.

Politisch gesehen, zahlen die zivilen Regierungen einen hohen Preis für *Military Business* – mit der Kontrolle über das Budget der Streitkräfte verliert die Politik ein wesentliches parlamentarisches Kontrollrecht. Je mehr Gelder die Streitkräfte aus privaten Geschäften verdienen, desto geringer wird der Einfluss von Regierung und Parlament auf das Militär, es steigt die Gefahr eines Staatsstreiches.

Es ist kein Zufall, dass die Volksrepublik China in den neunziger Jahren eine Wende beim *Military Business* eingeleitet hat. In Peking existiert mit der Kommunistischen Partei ein machtvolles politisches Gegengewicht zum Militär. Der Preis für den Rückzug der Volksbefreiungsarmee aus der Wirtschaft war eine deutliche Erhöhung des Verteidigungshaushaltes. Es ist fraglich, ob sich andere Regierungen in Südostasien eine solche Erhöhung leisten können.

Weitere Info: *www.bicc.de/milex*

Beispiele für ‘Military Business’ in Südostasien

	Institutionell	Einheiten	Individuelle Soldaten
Legal	Agrarproduktion (Grundnahrungsmittel, cash-crops); Forstwirtschaft; Fischerei; ***Minen;*** Transportunternehmen; Infrastrukturunternehmen; Bauwirtschaft; Industrieproduktion; Telekommunikation; Finanzdienstleistungen; Import- / Export;	Agrarproduktion; Leichte Industrie; Transportdienstleistungen; Fischerei;	
Informell		Nutzung von Soldaten als Arbeitskräfte in privaten Unternehmen; Nutzung von militärischer Infrastruktur für private Geschäfte;	Nutzung von militärischer Infrastruktur für private Geschäfte;
Kriminell		Schmuggel; Geldwäsche; Schutzgelderpressung; Waffenhandel;	Korruption; Schutzgelderpressung; Prostitution; Drogenhandel; Waffenhandel;

Wolf-Christian Paes, M.A., Mag. rer. publ., (paes@bicc.de) studierte Internationale Beziehungen und Verwaltungswissenschaften in Bonn, Stellenbosch (Südafrika) und Speyer. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bonn International Center for Conversion (BICC) und leitet ein Projekt zum Thema Military Business.

Enttäuschte Hoffnungen

Eine innen- und außenpolitische Bilanz der Regierungszeit Wahids

Monika Arnez

„Demokratie kann nur von Menschen gepflegt und kultiviert werden, die selbst mit den Inhalten der Demokratie vertraut sind. Deshalb hoffe ich, dass wir alle als indonesische Bürger dies verstehen werden und die Demokratie als elementaren Bestandteil unseres zukünftigen Lebens respektieren. Nur so können wir einen freien Rechtsstaat, Meinungsfreiheit und gleiches Recht für alle Menschen, ohne Beachtung ihrer unterschiedlichen Abstammung, Sprache und Religion erreichen [...]. Wir müssen in Zukunft Angelpunkte für ein ruhiges sicheres Leben des indonesischen Volkes errichten.“

Mit dieser Betonung des Wertes der Demokratie sowie des Anliegens der Regierung, größere Sicherheit für das indonesische Volk zu schaffen, hatte sich Abdurrahman Wahid , häufig Gus Dur genannt, am 20. Oktober 1999 in Jakarta im Gebäude des Volksvertretungsrats MPR als neuer Präsident Indonesiens eingeführt. Von internationaler Seite wurde der Machtwechsel nicht nur positiv aufgenommen, sondern sehr begrüßt. Sowohl die westlichen Regierungen als auch Menschenrechtsorganisationen in den USA befürworteten die Doppelspitze Gus Dur - Mega. Man versprach sich von dem neuen Präsidentenduo eine Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses und eine moderate Islampolitik. Verschiedene Nichtregierungsorganisationen in den USA, Australien und Europa hatten den vierten Präsidenten der indonesischen Republik schon direkt nach seinem Amtsantritt als „Kämpfer für die Menschenrechte und toleranten Muslimführer“ gelobt. Auch innerhalb Indonesiens zeichnete sich eine generelle Befürwortung des Machtwechsels ab. Es herrschte der Glaube vor, Wahid könne zwischen den bestehenden politischen Fraktionen der Reformer und der Reaktionäre einerseits sowie den religiösen Fronten wie z.B. der orthodoxen Muslime und religiöser Minderheiten andererseits vermitteln.

Eine Frage der Integrität

Im Gegensatz zu Ex-Präsident Soeharto war sich die Bevölkerung mit der Wahl Wahids relativ sicher, eine integre Persönlichkeit als Staatschef gewonnen zu haben. Dies wurde als großer Vorzug gesehen, da man sich erhoffte, dass Wahid mit großen Schritten gegen KVN (Korruption, Vetternwirtschaft und Nepotismus) vorgehen werde. Doch der Glaube an den Reformgeist des Präsidenten geriet spätestens Mitte 2000 durch seinen Umgang mit dem Fall Soeharto ins Wanken. Wahid kündigte an, er werde Soeharto, dem man vorwarf, Millionen an Staatsgeldern unterschlagen zu haben, begnadigen, noch bevor das Gericht eine Entscheidung treffen konnte, da Soeharto nicht zu den Gerichtsverhandlungen erschien. In der Öffentlichkeit machte sich die Unzufriedenheit mit Wahids Schwäche gegenüber den Kräften der *Orde Baru* unverzüglich bemerkbar. So kommentierte beispielsweise der Politikwissenschaftler Kusnanto Anggoro am 27. Mai 2000: „Es ist natürlich wahr, dass Gus Dur zugestanden hat, er werde die Begnadigung erst nach der Gerichtsverhandlung aussprechen, aber wir sind enttäuscht, dass es offensichtlich noch immer Bemühungen seitens eines Präsidenten gibt, Recht und Ordnung zu behindern.“ Viele Indonesier, die man auf der Straße interviewte, unterstrichen die Unzufriedenheit mit der Politik Gus Durs: „Sehen Sie nur, die Prozesse gegen Leute, die in KKN verwickelt sind und zu den Mächtigen gehören, verlaufen einfach im Sand.“

Wahid selbst zeigte nicht nur kein besonderes Interesse an der Aufklärung von KKN, sondern er verwickelte sich zu Beginn 2001 auch selbst in zwei Korruptionsskandale, durch die er in der Öffentlichkeit immer mehr unter Druck geriet. Nicht zuletzt wegen dieser Vorwürfe wurde ein Amtsenthebungsverfahren gegen Wahid eingeleitet, und auch immer mehr Indonesier sprachen sich für seinen Rücktritt aus. Erstens ging es um eine Spende des Sultans von Brunei von über zwei Millionen US-Dollar für die Opfer des Bürgerkriegs in der nordwestlichen Provinz Aceh. Diese Spende wurde nie korrekt abgerechnet. Zweitens sollte Wahids persönlicher Masseur, der auch ein Ratgeber und Geschäftspartner Wahids war, von der Pensionskasse der staatlichen Nahrungsmittelagentur *Bulog* rund vier Millionen US-Dollar bezogen haben.

Präsident Gus Dur

Quelle: Südostasien 1/2000. S. 63.

Obwohl Wahid seit diesen Skandalen stark in der Meinung der Bevölkerung gesunken ist und zahlreiche Indonesier ihrem Unmut in Demonstrationen Ausdruck verliehen, verfügt er noch über eine treue Anhängerschaft, die vorwiegend aus der islamischen Gruppierung *Nahdlatul Ulama* (NU) stammt, deren Vorsitz Wahid bis 1999 innehatte. Seit der ersten Februarwoche des Jahres 2001 verwüsteten diese Aktivisten Parteibüros der politischen Gegner des Regierungsoberhauptes in Ostjava und griffen lokale Parlamente an. Wahid verurteilt die verübte Gewalt seiner Anhänger keineswegs, sondern kommentiert lediglich: „Ich kann ihren Ärger verstehen." In dieser Aussage wird der Wunsch des Präsidenten nach einer Fortsetzung der Gewalt erkennbar. Denn diese würde für ihn vielleicht eine Möglichkeit bedeuten, sich trotz des eingeleiteten Amtsenthebungsverfahrens weiterhin an der Macht zu halten. In der Mobilisierung seiner Sympathisanten aus der NU sah Wahid seine Chance. Das Zentrum der Gruppierung, die laut Schätzungen über 30 Millionen Mitglieder verfügt, liegt in Ostjava. Einige ihrer militanteren Jugendverbände, besonders die paramilitärische „*Banser*", haben bereits damit gedroht, die politischen Gegner ihres ehemaligen Führers zu töten und im Falle des Sturzes Wahids als Präsident, einen Bürgerkrieg zu beginnen.

Enttäuschte Erwartungen

Die indonesische Bevölkerung hatte sich zum Amtsantritt ihres neuen Präsidenten vor allem eine graduelle Stabilisierung der Wirtschaft, eine Senkung der Preise für Grundnahrungsmittel und die Gewährleistung von mehr Sicherheit im Staat erhofft. Doch keiner dieser Punkte wurde während der bisherigen Amtszeit Wahids auch nur ansatzweise verwirklicht.

Separatistische Bestrebungen sowie ethnisch und religiös motivierte Gewalt in Aceh, West Papua und den Molukken haben weiterhin zugenommen. Unzufrieden zeigten sich die Indonesier beispielsweise mit dem inkonsequenten Kurs, den Wahid in Aceh verfolgte. Bisher hat der Präsident noch keine Entscheidung bezüglich der Frage getroffen, wie die Menschenrechtsverletzungen in Aceh gestoppt und die Folgen der DOM (*Daerah Operasi Militer*, militärischer Operationsbezirk), die von 1989 bis 1998 andauerte, eingedämmt werden können. Den Schlingerkurs Wahids kommentierte der muslimische Intellektuelle Azyumardi Azra folgendermaßen: „In einem Moment hat der Präsident noch gesagt, warum sollte man Aceh kein Referendum zugestehen, wenn auch Osttimor ein Referendum bekommen hat. Aber jetzt ist plötzlich der Mantel des Schweigens über das Referendum gebreitet. An derartigen Beispielen sieht man die Inkonsequenz der Regierung".

Im Februar 2001 ist noch ein weiterer Brandherd zu den bisher existierenden hinzugekommen: Kalimantan. Speziell im letzteren Fall ist die Öffentlichkeit wegen der Trägheit Wahids enttäuscht. Die Ureinwohner Kalimantans, Angehörige der *Dayak*, hatten am 18. Februar 2001 in Sampit damit begonnen, maduresische Zuwanderer systematisch zu vertreiben und zu ermorden.

Immer wieder wurde berichtet, dass die Soldaten, welche zu Beginn der Übergriffe nach Kalimantan geschickt wurden, die *Dayak* gewähren ließen, ohne einzugreifen. Die Mehrheit von ihnen soll meistens nur zugeschaut oder sogar Karten gespielt haben. Erst eine Woche nach dem Einsetzen der Gewalt hat sich Präsident Abdurrahman Wahid dazu durchgerungen, die militärische Eliteeinheit *Kopassus* ins Krisengebiet zu schicken. Die späte Intervention des Präsidenten wurde besonders auf nationaler Ebene heftig kritisiert; man warf ihm vor, die Übergriffe in Kalimantan nicht ernst genug genommen zu haben. Als von den ersten Übergriffen auf Maduresen berichtet wurde, beschönigte Wahid die Vorfälle noch und konstatierte, die Presse habe das Ausmaß der Gewalt übertrieben - so schlimm sei das doch eigentlich nicht. Ein derartiges Verhalten dürfte dem Präsidenten weder die Gunst des Volkes zurückbringen noch die ohnehin angeschlagene Regierung stärken.

Die Außenpolitik

Im Bereich der Außenpolitik hat sich Gus Dur auch nicht gerade profiliert. Sein Ziel, möglichst viele Investoren von Indonesien als zukunftsweisendem, profitablen und für Industrien attraktiven Standort zu überzeugen, erreichte er bisher kaum. Mehrere Gründe sind hierfür verantwortlich. Erstens ist es schwierig, außenpolitisch sinnvoll zu agieren, wenn die vorherrschende ökonomische Situation innerhalb des Archipels, der nach wie vor hauptsächlich auf finanzielle Mittel aus dem Ausland angewiesen ist, als wenig vertrauenserweckend anzusehen ist. Hinzu kommt der internationale Druck auf Indonesien, seine Menschenrechtsprobleme zu lösen. Zweitens traut man es jedoch auch Wahid selbst nicht zu, das Vertrauen der ausländischen Investoren zu gewinnen. Dies wird einerseits auf seine schwache physische Konstitution zurückgeführt, aufgrund derer Wahid ohnehin ermüdende Auslandsreisen wesentlich schlechter verkraftet als die meisten seiner Gesprächspartner und sich folglich in einer ungünstigen Verhandlungsposition befindet. So machen politische Beobachter wie Faturrahman, nicht zuletzt Wahids geschwächten Körper für seinen Misserfolg in außenpolitischen Fragen verantwortlich: „Physische Schwäche führt vor allem zu geistiger Schwäche, und dies wird natürlich von diplomatischen Gegnern ausgenutzt." Die Häufigkeit sowie der Zeitpunkt der Auslandsreisen wurde ebenfalls heftig kritisiert, da Wahid nach Meinung der Bevölkerung somit zu umgehen versuche, die nationalen Probleme zu lösen.

Ferner macht sich die Regierung durch

ihr übersteigertes Misstrauen gegenüber den USA und Australien unbeliebt. Ein Kritiker bemängelt vor allem die seiner Auffassung nach übertriebene Angst vor von den USA ausgehenden Verschwörungen: „Die politische Elite stellt Indonesien so dar, als ob der Archipel so übermächtig wäre, dass Staaten wie die USA Angst bekämen und Indonesien vernichten wollen. Das kommt mir paranoid vor. Die ständige Furcht vor internationalen Komplotten beruht aber vielleicht eher auf mangelndem Selbstbewusstsein der politischen Elite, die ihre eigene Schwäche nicht zugeben kann". Überschattet sind seit der Regierungszeit Wahids ebenfalls die Beziehungen zu Australien. Unzufrieden hatte sich insbesondere die indonesische Regierung gezeigt, als Australien sich während der Unruhen in Osttimor mit der Entsendung von Truppen in das Krisengebiet, welche die indonesischen Milizen an der Ermordung der Einheimischen Osttimors hindern sollten, in ihre „Angelegenheiten eingemischt hatte".

Auch im Umgang mit Singapur zeigte sich Wahids Schwäche in der Außenpolitik besonders deutlich. Ende November des Jahres 2000 sagte er anlässlich eines Gipfeltreffens in Singapur, das Gastland habe bisher lediglich versucht, Indonesien für seine Interessen auszunutzen und habe im Zuge dessen Jakarta manipuliert. Er drohte sogar damit, gemeinsam mit Malaysia dafür zu sorgen, dass Singapur zumindest kurzfristig von der Wasserversorgung abgeschnitten werde, um dem Inselstaat einmal wirklich „eine Lektion zu erteilen". Wahid äußerte später gegenüber der Presse, er sei besonders aus dem Grund verärgert gewesen, da es Singapur anscheinend vorziehe, mit anderen asiatischen Staaten wie China und Japan zu kooperieren und dabei Indonesien völlig außer acht zu lassen. Er unterstellte dem Inselstaat ebenfalls Rassismus, indem er sagte, Singapur verachte Menschen malaiischer Abstammung grundsätzlich. Das an diesem Beispiel illustrierte diplomatische Ungeschick Wahids wird sicherlich nicht zu einer Verbesserung der Auslandskontakte Indonesiens beitragen können.

In diesem Zusammenhang wird auch von vielen kritisiert, dass die Regierung ihre Bemühungen nicht genügend darauf richtet, in den asiatischen Markt einzusteigen, um somit die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Wahid hat selbst bereits die Bedeutung des asiatischen Marktes, insbesondere Chinas und Koreas erkannt, verhandelt nun jedoch nicht über mögliche Handelsverträge. Korea ist für Indonesien als wichtig einzustufen, da der koreanische Staat im industriellen Sektor technisch gut ausgestattet ist. Das technische Know-how könnte Indonesien für die Errichtung neuer, moderner Industrien sinnvoll nutzen. Im Hinblick auf China würde es sich anbieten, an den Staat Nahrungsmittel zu verkaufen und im Gegenzug technische Kleinteile und Werkzeuge aus China zu erwerben.

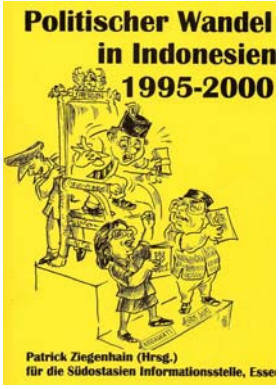
Fazit

Insgesamt lässt sich eine große Unzufriedenheit und Enttäuschung des Volkes mit der Handhabung der Politik und Ökonomie feststellen. Betrachtet man die neuesten Meldungen zu Indonesien, so wird immer heftiger gegen die Regierung Wahids protestiert. Tausende Studenten und andere Bevölkerungsgruppen fordern seit Beginn des Jahres 2001 den Rücktritt Wahids, weil der Kurs der Rupie immer mehr an Wert verliert und keine Entspannung der ökonomischen Krise in Sicht ist. Da die Öffentlichkeit den indonesischen Präsidenten in physischer und psychischer Hinsicht als mit seiner Aufgabe überfordert einstuft und ihm kein Vertrauen mehr entgegenbringt, kann man davon ausgehen, dass seine Tage als Regierungsoberhaupt gezählt sind.

Monika Arnez [monika_arnez@yahoo.de] hat an der Universität Köln Malaiologie, Anglistik und Ethnologie studiert und arbeitet zur Zeit an einer Dissertation zum Thema „Reflexion politischer Gewalt in indonesischen Dichtungen von 1945 bis zur Gegenwart".

Buchtipp

Politischer Wandel in Indonesien 1995-2000



Der Artikel von Monika Arnez ist in einer ausführlicheren Version in dem Sammelband „Politischer Wandel in Indonesien 1995-2000", herausgegeben von Patrick Ziegenhain/Südostasien Informationsstelle, ISBN-Nummer: 3-933341-08-6, veröffentlicht worden.

Dieser aktuelle und informative Reader mit über 30 Beiträgen zur politischen Entwicklungen in Indonesien ist im Juni 2001 erschienen.

Bestellungen richten Sie bitte an die
Südostasien Informationsstelle, Bullmannaue 11, 45327 Essen,
Tel.: 0201-83.03.818, E-Mail: soainfo@asienhaus.de.

Malaiisch als Fremdsprache an deutschsprachigen Hochschulen

Bernd Nothofer

Malaiisch (*Bahasa Melayu* = malaiische Sprache) ist mit ca. 200 Millionen Sprechern die größte der vielen Sprachen Südostasiens. Es gehört wie z.B. Madegassisch, Javanisch, Tagalog, Maori und Rapanui (Osterinsel) der austronesischen (früher auch 'malaiopolynesisch' genannten) Sprachfamilie an. Malaiisch, dessen grammatikalisch stark vereinfachte Form schon seit mehr als 1000 Jahren im südostasiatischen Archipel als Handelssprache dient, fungiert in zwei Standardformen als Nationalsprache in vier Staaten Südostasiens. In Indonesien heißt sie *Bahasa Indonesia* (= indonesische Sprache), während man sie in Malaysia, Singapur und Brunei Darussalam unverändert als *Bahasa Melayu*[1] bezeichnet. Malaiisch wurde im Laufe der vergangenen zwei Jahrtausende intensiv von indischen Idiomen sowie Sprachen des Vorderen Orients und Europas beeinflußt. Indische Elemente verdeutlichen Wörter wie *singa* 'Löwe' oder *pura* 'Stadt', arabisches Lehngut bezeugen Formen wie *haj* 'Pilgerfahrt' oder *halal* 'erlaubt, legal'. Aufgrund der im Jahr 1824 beschlossenen Aufteilung der malaiischsprachigen Gebiete Südostasiens in einen britischen (heutiges Malaysia, Singapur und Brunei Darussalam) und einen niederländischen Kolonialbereich (heutiges Indonesien) entwickelte sich Malaiisch in den beiden Regionen unterschiedlich. So enthält das Malaiische der drei ehemals britisch regierten Länder zahlreiche Lehnwörter aus dem Englischen und das Indonesiens hingegen aus dem Niederländischen (z.B. *ekzos* vs. *knalpot* 'Auspuff', *tayar* vs. *ban* 'Reifen', *beg* vs. *koper* 'Koffer'). Die beiden Standardformen stehen trotz der geschilderten Unterschiede in einem Dialektverhältnis zueinander, d.h. Sprecher beider Varianten sind in der Lage, ohne größere Probleme miteinander zu kommunizieren, da sich die Mehrheit der Unterschiede auf technisches Vokabular beschränkt. Heute bemühen sich die vier Länder mehr oder weniger halbherzig, eine pan-malaiische Standardform zu entwickeln. Immerhin gelang es 1972, die bis dahin unterschiedlichen Schriftsysteme zu vereinheitlichen.

Malaiisch war aber nicht nur Empfänger von Vokabular aus anderen Sprachen, sondern hat auch unseren Wortschatz erweitert. Wörter wie *Amok* (= wütend angreifen, toben) und *Orang Utan* (= Mensch des Waldes) oder der Name *Mata Hari* (= Auge des Tages, d.h. Sonne) stammen aus dem Malaiischen.

Seit wann und wo wird diese 'exotische' Sprache im deutschsprachigen Raum unterrichtet? Welche der Varianten des Malaiischen wird unterrichtet?

Malaiisch wird seit 1920 an der Universität Hamburg gelehrt. Ein wichtiger Meilenstein in der Entwicklungsgeschichte von Lehre und Forschung über Sprachen Südostasiens und des Pazifiks war die Einrichtung des Seminars für Indonesische und Südseesprachen an der Universität Hamburg im Jahr 1931. An diesem Institut wirkte der weltbekannte Prof. Otto Dempwolff (1897-1938), der sich als erster Linguist mit der Rekonstruktion der Ursprache der austronesischen Sprachen, dem Ur-Austronesischen, befaßte. Dieses heute immer noch sehr wichtige Seminar besitzt nach der Staatsbibliothek Berlin die umfangreichste Bibliothek zu Sprachen und Kulturen des austronesischen Raums. Malaiisch wird in seiner in Indonesien gängigen Version unterrichtet. Auch an den anderen deutschsprachigen Institutionen, die sich intensiv mit südostasien-bezogenen Themen befassen, wird - wie in Hamburg – Bahasa Indonesia gelehrt. So gibt es in Deutschland an folgenden Hochschulen[2] Indonesischkurse: Humboldt-Universität in Berlin (Institut für Asien- und Afrikawissenschaften), Universität Bielefeld (Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie), Universität Bonn (Seminar für Orientalische Sprachen), Universität Bremen (Institut für Geschichte, Vergleichende Überseegeschichte), Hochschule Bremen (Weltwirtschaftssprachen, Internationaler Studiengang: International Studies of Global Management, Tourismusmanagement), Universität Frankfurt (Institut für Orientalische und Ostasiatische Philologien), Universität Gießen (Geographisches Institut), Universität Göttingen (Institut für Ethnologie), Universität Jena (Bereich für Orientalische Sprachwissenschaft), Universität Köln (Malaiologischer Apparat des Orientalischen Seminars), Fachhochschule Konstanz (Studiengang Angewandte Weltwirtschaftssprachen), Universität München (Institut für Völkerkunde und Afrikanistik), Universität Münster (Institut für Ethnologie), Universität Passau (Lehrstuhl für Südostasienkunde) und Universität Trier (SB-IV-Ethnologie) . In der Schweiz wird Indonesisch an den Universitäten Basel (Ethnologisches Seminar) und Bern (Institut für Ethnologie) gelehrt.

Was sind die Ursachen dafür, daß die in Malaysia[3] verwendete Form des Malaiischen, d.h. Bahasa Melayu, im deutschsprachigen Raum in der Regel nicht gelehrt wird (und auch nicht in den meisten anderen Ländern der Welt)?

Einer der Gründe liegt in der Funktion, die die Nationalsprachen in Malaysia und in Indonesien einnehmen. In der Geschichte des seit 1945 unabhängigen

Indonesiens hatte Indonesisch nie mit einer anderen Sprache um seine Vormachtstellung zu kämpfen. Die meisten Indonesier beherrschen eine Regionalsprache (z.B. Javanisch, Sundanesisch) und Indonesisch. Die Regionalsprache wird fast ausschließlich im Privatbereich benutzt. Indonesisch ist das interethnische Kommunikationsmittel und Sprache des öffentlichen Lebens. Englisch wird nur von einer kleinen, großstädtischen Minderheit beherrscht. Im 1957 unabhängig gewordenen Malaysia hingegen steht der Status des Malaiischen als Nationalsprache - trotz aller Gesetzgebungen - in der Tat immer noch nicht definitiv fest. Malaiisch lebt auch heute noch im Wettstreit mit Englisch um die Anerkennung als dominante Landessprache. Zwar hört man immer wieder fast beschwörende Bekenntnisse zum Malaiischen als Nationalsprache, Englisch jedoch wird als Vehikel des im Vordergrund stehenden wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Fortschritts betrachtet. Die Majorität der urbanen Bevölkerung beherrscht Malaiisch und Englisch so fließend, daß Ausländer in der Regel nicht gezwungen sind, Malaiisch zu lernen, um sich mit Malaysiern zu unterhalten. Es kommt nicht selten vor, daß man als Ausländer von Malaysiern belächelt wird, wenn man sie in Malaysisch anspricht.

Ein weiterer Grund hängt mit dem Unterschied der ökonomischen Entwicklung der beiden Länder zusammen. Indonesien ist ein Entwicklungsland, Malaysia hingegen gehört zu den Schwellenländern. Industrieländer sind bemüht, die wirtschaftliche Entwicklung Indonesiens u.a. dadurch zu fördern, daß sie Experten und Gelder in den Inselstaat 'pumpen'. Es gibt zahlreiche Fachkräfte aus Deutschland und der Schweiz, die in von der Weltbank und anderen internationalen Einrichtungen finanzierten Projekten arbeiten und die für ihre Arbeit Indonesischkenntnisse besitzen müssen.

Indonesien stand seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1945 bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion aufgrund seiner strategischen Lage und seiner politischen Unwägbarkeiten stets im Zentrum der Machtinteressen der beiden großen Blöcke. So kommt es nicht von ungefähr, daß auch die Bundesrepublik große Anstrengungen unternahm, gerade in diesem Land auch kulturelle Präsenz zu zeigen. In Indonesien gibt es auch heute noch zwei Goethe-Institute und sechs vom (DAAD) finanzierte Deutsch-Lektorate. Außerdem existieren Stipendienprogramme, die indonesischen Nachwuchswissenschaftlern ermöglichen, in Deutschland zu studieren. Zu Malaysia wurden nach der Unabhängigkeit solch enge kulturelle Bindungen nie gesucht, da in diesem Staat pro-westliche Tendenzen überwogen.

Aufgrund seiner kulturellen Diversität (mehr als 300 Ethnien austronesischen Ursprungs) hat Indonesien schon immer das Interesse von Ethnologen, Soziologen und Linguisten mehr auf sich gezogen als Malaysia, dessen Festlandteil zumindest bezüglich des Bevölkerungsanteils austronesischer Herkunft homogener ist.

Es ist interessant zu beobachten, daß die malaysische Regierung seit etwa fünf Jahren versucht, durch eine – wie sie es nennt – 'Internationalisierung' des Malaysischen weltweit neue Kontakte zu knüpfen, die über die historisch begründete Bindung an das United Kingdom hinausgehen. So schuf man 1996 in Peking ein Kulturinstitut, an dem Malaysisch gelehrt wird. Im Jahr 2000 gründete das dem Erziehungsministerium unterstellte 'Zentrum für Malaiische Sprache und Kultur' den 'Internationalen Rat des Malaysischen' (*Majelis Antarabangsa Bahasa Melayu*), der dazu beitragen soll, eine größere Verbreitung der Lehre des Malaysischen zu erreichen. Es wird daran gedacht, Malaysier an verschiedene ausländische Institute zu schicken. Es wäre sicherlich auch für deutschsprachige Studenten sehr wünschenswert, die Gelegenheit zu erhalten, in beiden Varianten des Malaiischen ausgebildet zu werden[4].

1 *In Malaysia wird auch der Begriff Bahasa Malaysia (= malaysische Sprache, Malaysisch) gebraucht.*

2 *An vielen der genannten Instituten wird folgendes Lehrbuch verwendet: Nothofer, Bernd u. Karl-Heinz Pampus. 1964. Bahasa Indonesia. Indonesisch für Deutsche. 2 Bände (mit Kassetten). Heidelberg: Julius Groos Verlag. Seit 2001 wird dieses Buch vom Stauffenburg-Verlag in Tübingen vertrieben.*

3 *Da in Singapur nur ca. 14% der Bevölkerung Malaiisch spricht (d.h. ca. 420.000 Einwohner) und da es in Brunei Darussalam (Gesamtbevölkerung ca. 260.000 Einwohnern) nur ca. 150.000 Sprecher eines von drei malaiischen Dialekten gibt und Standard-Malaiisch nur eine untergeordnete Rolle spielt, werden diese beiden Staaten in der folgenden Diskussion ignoriert.*

4 *Es existiert bereits ein englischsprachiges Lehrbuch für Malaysisch, das in seinen Lektionen auf die wichtigsten Unterschiede zwischen Malaysisch und Indonesisch hinweist: Mintz, Malcolm. 1997². A course in conversational Malay. With equivalent Indonesian vocabulary. Singapore: Raffles Editions.*

Prof. Dr. Bernd Nothofer [nothofer@em.uni-frankfurt.de] leitet die Abteilung für Südostasienwissenschaften am Institut für Orientalische und Ostasiatische Philologien der Universität Frankfurt.

Vietnam: Land-Stadt-Migration als Folge von Doi Moi
Das Beispiel Hanoi

Michael Waibel

Der Ende April diesen Jahres abgehaltene IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams hat deutlich gemacht, dass die Parteiführung den auf dem VI. Parteitag 1986 eingeschlagenen Reformkurs, der unter dem Namen ‚*Doi Moi*' (übersetzt: Erneuerung) bekannt geworden ist, weiter fortsetzen will.

Hinter dem Schlagwort Doi Moi verbirgt sich eine vom Staat gesteuerte in allen Wirtschaftsbereichen durchgeführte graduelle Abkehr von der Plan- hin zur Marktwirtschaft. Dieser Transformationsprozess hat Vietnam sehr schnell außerordentliche wirtschaftliche Erfolge gebracht, die den Lebensstandard der Bevölkerung insgesamt deutlich steigerten. So wandelte sich das Land binnen weniger Jahre von einem Importland von Nahrungsmitteln in einen der größten Reisexporteure der Welt, die Inflationsrate konnte drastisch gesenkt werden und das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum erreichte in den Jahren 1991 bis 1995 eine Rate von 8,2 %, bevor es sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre– nicht zuletzt aufgrund der Asienkrise – auf immer noch beachtliche durchschnittlich 7,0 % etwas abschwächte.

Am stärksten haben die beiden großen Metropolen des Landes Ho Chi Minh Stadt und Hanoi von dem Transformationsprozess profitiert. Die ökonomischen sowie sozialen Veränderungen im Zuge der Doi Moi Reformen visualisieren sich hier am stärksten. Aber auch die Schattenseiten des Transformationsprozesses, etwa die mit einer wachsenden Einkommenspolarisierung einhergehende Zunahme der sozialen und wirtschaftsräumlichen Disparitäten, der Anstieg der Arbeitslosigkeit, zunehmende Umweltverschmutzung, Kriminalität, Korruption und Prostitution sind hier deutlicher erkennbar.

Wie zuvor auch in China stellte der Übergang des staatlichen Eigentumssystems und der Planwirtschaft zu Privateigentum und Marktwirtschaft die Initialzündung für Binnenmigrationsbewegungen dar, die in Vietnam jedoch nicht solch gigantischen Ausmaße wie im Nachbarland erreicht haben (vgl.:ADB 1995: 13/ UNDP 1998: 6).

Obwohl die Land-Land-Migration noch immer die dominierende Migrationsart in Vietnam ist, hat die Land-Stadt-Migration nach Einsetzen der Doi Moi Reformen beträchtlich an Bedeutung zugenommen (vgl.: UNDP 1998: 7). Während die Land-Land-Migration noch zum Teil im Rahmen von staatlichen verordneten Umsiedlungsprogrammen (vor allem von den dichtbevölkerten Provinzen im Rote Fluss Delta in die sogenannten ‚Neuen Ökonomischen Zonen' im nordwestlichen oder zentralen Hochland) erfolgt, ist die Land-Stadt-Migration in der Regel ausschließlich auf individuelle Entscheidungen der Migranten zurückzuführen (vgl.: Sjöberg 1998: 5). Im Vergleich mit der Situation in den südostasiatischen Nachbarländern wird von Experten der UNDP der Umfang der Land-Stadt-Migration in Vietnam bislang als nicht besonders groß bezeichnet (vgl.: UNDP 1998: 6).

Nach Ho Chi Minh Stadt stellt Hanoi innerhalb des Gesamtstaates Vietnam den zweitwichtigsten Zielort für Land-Stadt-Migranten dar.

Ursachen

Wichtige Faktoren für die Wanderung in Vietnams Städte stellen die als Folge der Doi Moi Reformen zunehmenden räumlichen Disparitäten zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, die Dekollektivierung des ländlichen Raums, die Auflockerung der staatlichen Migrationskontrollen, die Aufhebung der Lebensmittelversorgung über Bezugsscheine (die an eine offizielle Registrierung des Wohnsitzes gebunden war) sowie die Entwicklung eines privaten Transport- und Personenbeförderungswesens in den ländlichen Gebieten dar (Tana 1996: 4/Bich 1999: 81/Anh 1998: 60).

Motive

Der Zuzug in die Städte erfolgt in Vietnam zum überwiegenden Teil aus ökonomischen Motiven, d.h. Arbeitsmigration herrscht vor (vgl.: Tana 1996: 34/Anh 1998: 77/Duong/Ke 2000: 253). Die ausschlaggebenden Ursachen für die Land-Stadt-Migration lassen sich in Push- und Pullfaktoren einteilen: Faktoren, die eine Abwanderung der ländlichen Bevölkerung auslösen (push) und Faktoren, die durch Anreize aus der Stadt Migranten anziehen (pull). Nach Tana (1996: 11), die in Hanoi im Jahr 1993 200 Migranten per Zufallsauswahlverfahren befragte, stellen niedriges Einkommen (45% der Nennungen), Unterbeschäftigung (39%) und Landmangel (14%) die wichtigsten Pushfaktoren dar. Die dominierenden Pullfaktoren für den Zuzug nach Hanoi sind die Möglichkeit kurzfristiger (45%), längerfristiger (29%) oder dauerhafter Beschäftigung (19%) (vgl.: auch UNDP 1997: 8/Ha/ Huyen 2000). Es ist davon auszugehen, dass – wie in anderen südostasiatischen Staaten zu beobachten - auch in Vietnam die Pullfaktoren der Zielregion ausschlaggebender für das Migrationsverhalten sind als die Pushfaktoren der Heimatregion (vgl.: Krämer 1992: 129/ WB/ADB/UNDP 2000: 113). Die am Zielort verfügbaren monetären Einkünfte liegen um ein Vielfaches höher als die

Einkommensmöglichkeiten im ländlichen Raum. Die Einkommensdisparitäten zwischen den Bewohnern städtischer und ländlicher Gebiete haben sich im Verlauf des nationalstaatlichen Transformationsprozesses stark erhöht. Während im Rahmen des 1992 bis 1993 landesweit durchgeführten ‚*Vietnam Living Standards Survey*' nachgewiesen werden konnte, dass das verfügbare Einkommen in der Stadt doppelt so hoch lag wie auf dem Land, wurde durch eine im August 1999 vom Nationalen Amt für Statistik herausgegebene Langzeitstudie belegt, dass sich mittlerweile der Einkommensabstand zwischen den Bewohnern städtischer und ländlicher Gebiete auf den Faktor 4 erhöht hat (vgl.: Weggel 2000: 532).

Umfang

Wie in China behalten viele Migranten ihren offiziellen Wohnsitz in ihren ländlichen Heimatgemeinden, da sie einerseits zumeist nach einer gewissen Zeit (temporäre Migration) oder periodisch (zirkuläre Migration) zurückkehren, andererseits nur bei Erfüllung bestimmter Kriterien (etwa hoher Bildungsstand, Versetzung innerhalb des Staatssektors, Heirat, u.ä.) eine permanente Aufenthaltsgenehmigung in der Stadt erhalten (vgl.: Socialist Republic of Vietnam 1997: 37f.f./UNDP 1998: 31/Wüllner 2000: 4f.). Für Hanoi konnte nachgewiesen werden, dass nur 17% der Migranten eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung vorweisen konnten (vgl.: UNDP 1998: 31). Der Anteil der temporären oder zirkulären Migrationen an der Gesamtzahl der Migrationsbewegungen ist als sehr hoch einzuschätzen und liegt in Hanoi zwischen ca. 70 und 80% (vgl.: Khanh 1997: 47). Dies erschwert eine quantitative statistische Erfassung des

Hanoi: Marginalisierte Freiflächen entlang des Roten Flusses bieten einen idealen Standort für das Entstehen von slumähnlichen Siedlungen

Migrationaufkommens enorm: Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass bei dem jüngsten Zensus vom 01.04.1999 in Hanoi nur ein Teil der ansässigen Zuwanderer erfasst wurde, da viele von ihnen während der Zählperiode wahrscheinlich ihre Heimatgemeinden aufgesucht haben, um nicht in Konflikt mit den Behörden zu geraten. Es wird geschätzt, dass 40 % des in den letzten zehn Jahren durchschnittlich festzustellenden jährlichen Bevölkerungszuwachses von 55.000 Personen in Hanoi auf Migration zurückzuführen sind (UNDP 1998: 5).

Das Einzugsgebiet Hanois für Migranten ist weitaus kleiner als etwa das von Ho Chi Minh Stadt: Die Mehrheit der Migranten (57% der permanenten Migranten, 71% der temporären Migranten) stammt einer Studie von 1996 zufolge aus den umliegenden Provinzen innerhalb des Rote Fluss Deltas, nur eine kleine Minderheit (6 % der permanenten Migranten, 1,4 % der temporären Migranten) ist von Provinzen außerhalb Nordvietnams nach Hanoi migriert (vgl.: Truong 1993: 28f./UNDP 1998: 8f.).

Standortwahl

Das bedeutendste innerstädtische Zielgebiet für Migranten ist der Hochwasserbereich zwischen Deich und dem westlichen und östlichen Ufer des Roten Flusses (vgl. Abb.). Dieses Areal hat sich im Verlauf des Transformationsprozesses zu einem Marginalsiedlungsgebiet mit slumähnlicher Bebauung entwickelt. Es ist gleichzeitig das einzige innerstädtische Gebiet, in dem die Bevölkerung im Zuge von Doi Moi stark angewachsen ist. Dieser Anstieg ist sowohl auf den Zustrom von Migranten aus ländlichen Gebieten als auch von verarmter Stadtbevölkerung zurückzuführen. Das Areal stellt eine klassische Übergangszone dar und beherbergt viele Akteure des informellen Sektors, die täglich das Stadtzentrum aufsuchen, um ambulant Waren oder Dienstleistungen anzubieten. Hier haben etwa 50 % aller nach Hanoi Zugewanderten ihre Unterkunft gefunden (vgl.: Tana 1996: 42/Pham 1997: 7). Die in den vergangenen Jahren zu beobachtenden weit überdurchschnittlichen Bevölkerungszuwächse in den die Kernstadt Hanois umgebenden ländlichen Distrikten sind ebenfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit zum überwiegenden Teil auf Migration zurückzuführen: Dort befinden sich die Ausfallstraßen zur Hafenstadt Haiphong, zum vietnamesisch-chinesischen Grenzübergang bei *Lang Son* sowie im Süden zur Nationalstraße 1, der Hauptverkehrsader des Landes, die Hanoi und Ho Chi Minh Stadt miteinander verbindet. Entlang dieser Straßen bieten sich ideale Standorte für An-

Typischer Beruf für Migranten: Cyclo-Fahrer

siedlungen von Industrien jeglicher Art, Reparaturwerkstätten, Wohnhäusern, aber auch für Bauten informellen Charakters von Migranten aus den ländlichen Provinzen.

Soziale Netzwerke

Soziale Netzwerke spielen auch in Hanoi für die Zuwanderer eine bedeutende Rolle: Personen aus dem gleichen Herkunftsort wohnen in der Stadt häufig segregiert zusammen, besorgen neuen Migranten ihre erste Unterkunft, zumeist in einem kollektiven Schlafraum oder -haus (*nha tro)*, und leisten Hilfestellung bei der Suche nach Beschäftigung (Tana 1996: 41/UNDP 1998: 11). Dies setzt häufig Kettenmigrationsbewegungen in Gang.

Soziale Netzwerke und Kettenmigration sind auch die wesentlichen Ursachen dafür, dass Arbeitsmigranten gleicher Herkunft häufig dieselbe Tätigkeit in Hanoi ausüben: Es kommt zur Bildung segmentierter Arbeitsmärkte. Beispielsweise verdienen die meisten Zuwanderer aus einem bestimmten Distrikt der ca. 70 km von Hanoi entfernten Provinz *Ha Nam* in Hanoi ihren Lebensunterhalt als Fahrradrikscha- bzw. Cyclo-Fahrer, und viele der in der Stadt tätigen Bauarbeiter stammen aus der unmittelbar an Hanoi grenzenden *Bac Ninh* Provinz (vgl.: Tana 1996: 20).

Politik

Die staatlichen Behörden versuchen den Migrationsdruck aus den ländlichen Gebieten vor allem mit der Errichtung von bürokratischen Zugangsbarrieren einzudämmen: Nur Personen, die – wie erwähnt - bestimmte Kriterien erfüllen, wird eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung erteilt. Somit erhalten ausschließlich diese 'legalisierten' Migranten eine Arbeitserlaubnis und kommen in den Genuss städtischer Dienstleistungen. Der große Rest wird marginalisiert und in den informellen Sektor abgedrängt. Darüber hinaus wird – wie auch in anderen südostasiatischen Staaten zu beobachten - mit der geplanten Anlage von Satellitenstädten versucht, das ausufernde Wachstum der Metropolen einzudämmen und damit Migrationsströme zu streuen.

Fazit

Sollten sich - wie im bisherigen Verlauf des Transformationsprozesses zu beobachten - auch zukünftig die Disparitäten zwischen städtischen und ländlichen Gebieten verschärfen, ist auch im Falle von Hanoi eher mit einem steigenden als mit einem sinkenden Migrationsdruck aus den ländlichen Gebieten zu rechnen. Die Steuerbarkeit der beschriebenen Prozesse ist vergleichsweise gering. Solange die Lebensbedingungen in den ländlichen Gebieten durch eine ausgleichsorientierte Politik nicht entscheidend verbessert werden, wird der Strom der Land-Stadt-Migranten weiter zunehmen. Auch innerhalb der Städte wird es zu einer Verschärfung der intraurbanen Disparitäten und einer zunehmenden Segmentierung der Wohnungs- und Arbeitsmärkte kommen.

Literatur:

ADB (ed.) (1995): PRC - Urban Sector Review. Report of Mission by Dr. Nicholas J.O. Miles. Hongkong.

Anh, Dang Nguyen (1998): Market Transitions, Government Policy, and internal Labour Migration in Vietnam. In: Vietnam's Socio-Economic Development 16, Winter 1998, pp. 59-80.

Bich, Pham Van (1999): The Vietnamese family in change. The case of the Red River Delta. Richmond (GB).

Duong, Dang Xuan and Le Hong Ke (2000): La population de Hanoi. In: Centre Français sur la Population et le Développement (éd.): Population et développement au Viêt-nam. p. 242-261. Paris.

Ha Huong And Thanh Huyen (2000): Rural youth still waiting for vocational training. In: Vietnams News Online edition 21.01.2000. http://vietnamnews.vnagency.com.vn/2000-01/20/Stories/11.htm.

Khanh, Minh (1997): Following the Yellow Brick Road. In: Vietnam Economic News, 7 (36), 1997, pp. 47-48.

Pham, Tam (1997): Shelter and environmental improvement for the urban poor. Draft of summary report. Submitted for Review to International Development Research Centre and Hanoi Architectural University. IDRC Project 92-1303, October 1997.

Sjöberg, Örjan (1998): From managed to unorganised migration: a cautionary note on economic reform and urbanisation in Vietnam. Draft Paper for a seminar. Göttingen.

Socialist Republic of Vietnam (ed.) (1997): Decree No. 51-CP on Household Registration and Management. In: Cong Bao – Official Gazette 12, June 30, 1997, pp. 37-40.

Tana, Li (1996): Peasants on the Move - Rural-Urban Migration in the Hanoi-Region. Institute of Southeast Asian Studies. Occ. Papers No. 91, Singapore.

Truong, Si Anh (1993): Internal Migration into Ho Chi Minh City. M.A. Thesis, Asian Institute of Technology. Bangkok.

UNDP (ed.) (1997): Some Lessons Learned in Supporting the Transition from Poverty to Prosperity. UNDP Staff Paper. Hanoi.

UNDP (ed.) (1998): The Dynamics of Internal Migration in Vietnam. Hanoi.

WB/ADB/UNDP (ed.) (2000): Vietnam 2010: Entering the 21st Century - Vietnam Development Report 2001. Hanoi.

Michael Waibel [mwaibel@gwdg.de] ist Wiss. Assistent am Geographischen Institut der Universität Göttingen und hat sich im Rahmen seiner Dissertation mit der Stadtentwicklung von Hanoi unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen von Doi Moi auf die Innenstadt befasst.

Räumliche Planung in Singapur: Institutionen und Instrumente

Michael Hollenhorst

Die Republik Singapur hat heute eine Wirtschaftsleistung pro Kopf auf dem Niveau eines westlichen Industriestaats. Auch andere Merkmale wie Gesundheits- und Bildungswesen, Infrastruktur und die Struktur der Volkswirtschaft sprechen für eine Zuordnung zu den Industrieländern. Für den Weg Singapurs vom Entwicklungsland zum modernen Industrie- und Dienstleistungszentrum war aufgrund der knappen Landressourcen die staatliche Raumplanung ein bedeutender Faktor. Deren Institutionen und Instrumente werden nachfolgend vorgestellt.

Die Raumplanung auf Regierungsebene wird auf der höchsten Ebene vom *Ministry of National Development* (MND) durchgeführt. In den Geschäftsbereich des MND fallen neben der Landnutzungsplanung auch das viel beachtete öffentliche Wohnungswesen Singapurs (vgl. u.a. den Artikel von Will Hammelrath, PN Nr. 13), Stadterneuerung, Denkmalpflege sowie die Aufsicht über den Bausektor. Bedeutendes Steuerungsinstrument ist das *Government Land Sales Programme*, über dessen Durchführung und Umfang ebenfalls das MND entscheidet. Für Transaktionen bislang unerschlossener Grundstücke liegt das Monopol bei diesem Programm. Dem MND nachgeordnet sind die *Statutory Boards Urban Redevelopment Authority* (URA) und *Housing and Development Board* (HDB).

Die URA – ursprünglich mit der durch Abriss und Neuaufbau geprägten Entwicklung der Innenstadt befaßt – ist verantwortlich für Aufstellung und Fortschreibung des inselweit gültigen *Concept Plans* und der nachgeordneten *Development Guide Plans*. Für letztere ist die Inselrepublik in 55 Planungsbezirke aufgeteilt; es werden dem deutschen Flächennutzungs- und Bebauungsplan vergleichbare Vorgaben zur möglichen Nutzung einzelner Grundstücke festgelegt. Der erste *Concept Plan* wurde unter Mithilfe von Experten des *United Nations Development Programs* (UNDP) im Jahre 1971 aufgestellt und verabschiedet. Wesentliche Punkte dieses ersten *Concept Plans* waren die Bereitstellung von günstigem Wohnraum für die Bevölkerung sowie die Schaffung von Hauptentwicklungsachsen entlang der Südküste und ringförmig um die Wasserreservoire im Zentrum der Insel. Außerdem wurde ein Ausbau der Verkehrsinfrastruktur mit Autobahnen und einer Stadtschnellbahn in den Plan integriert.

Der neueste *Concept Plan*, mit dessen Aufstellung 1991 begonnen wurde, soll das Motto der URA *„Living the Next Lap – Towards a Tropical City of Excellence"* umsetzen. Dieser Plan hat als Leitbild Singapur im sogenannten „Jahr X", das mit dem Erreichen der vier Millionen-Einwohner-Marke gleichgesetzt wird. Neue Gesichtspunkte im Vergleich zu den bisherigen Prioritäten der Planung sind die Schaffung von mehr Lebens- und Wohnqualität durch Errichtung von Wohngebieten mit geringerer Bebauungsdichte im Vergleich zu den heutigen Hochhaussiedlungen, sowie die Erhöhung des durchschnittlichen Wohnraums pro Person von 20 auf 30-35 m². Besonderer Wert wird auf die Schaffung von zusätzlichen Einrichtungen für Freizeit und Kultur wie Parks oder neue Museen gelegt. In der *Marina Bay* soll in Nachbarschaft zum bisherigen innerstädtischen Bank- und Finanzzentrum eine neue *Downtown* komplett auf neugewonnenem Land entstehen. In Bezug auf die raumplanerische Konzeption soll durch die Schaffung von vier Regionalzentren im Westen, Norden, Nordosten und Osten der Insel eine Entlastung des Zentrums erfolgen. Weiterhin zu erwähnen ist die große Bedeutung von Neulandgewinnungsprojekten. Durch sie wurde bereits die Staatsfläche seit 1964 von 576 km² auf heute 648 km² ausgedehnt.

Das 1960 gegründete *Housing and Development Board* (HDB) ist mit Planung, Bau, Unterhaltung und auch der Zuteilung von Wohnungen in den *Housing Estates* des öffentlichen Wohnungsbausektors befaßt. Heute leben 86% der Einwohner Singapurs in HDB-Wohnungen, wobei knapp 90% auch Eigentümer der von ihnen bewohnten Apartments sind. Der aktuelle achte Fünfjahresplan des HDB sieht die Errichtung weiterer 140.000 Wohneinheiten vor, was sich nach Fertigstellung in einer Summe von gut 950.000 neu gebauten Wohnungen seit 1960 niederschlagen wird.

Für die Planung und Erschließung von Industrieflächen ist die *Jurong Town Corporation* (JTC) zuständig, ebenfalls ein *Statutory Board*, das allerdings nicht dem MND unterstellt ist, sondern dem *Ministry of Trade and Industry*. Die planerische Ausgestaltung von gewerblichen Flächen liegt somit nicht bei den mit der übrigen räumlichen Planung befaßten Institutionen, sondern ist dem Wirtschaftsministerium und damit auch dessen Prioritäten zugeordnet. Die JTC hat seit der Gründung des ersten und bis heute bedeutendsten Industriegeländes in Jurong, das 1968 in einem Mangroven- und Sumpfgebiet angelegt wurde, insgesamt 37 Industriegebiete auf einer

HDB-Block mit einem Community Center im Vordergrund

Fläche von ca. 7.000 ha erschlossen.

Wie andere Politikbereiche in Singapur auch ist die Stadtentwicklungsplanung *top down* organisiert. Die seit der Unabhängigkeit 1965 herrschende *People's Action Party* (PAP) und die Regierung bilden eine Einheit, die sich auf die gesamte öffentliche Verwaltung und die durch die verschiedenen *Statutory Boards* getragene Wirtschaftsbürokratie erstreckt. Andere politische Parteien und Interessengruppen, die nicht dieser Einheit zugehören, sind fast völlig machtlos.

Eine Instrumentalisierung des Planungsbereiches findet für Anliegen wie beispielsweise die Verhinderung der Herausbildung von durch ethnische Minoritäten (Malaien oder Inder) geprägte Wohnbezirke statt: Es existieren Vorschriften darüber, wieweit die ethnische Zusammensetzung in einzelnen HDB-Wohnblöcken maximal von derjenigen in ganz Singapur abweichen darf. Eine Verschlechterung hinsichtlich Stadterneuerung und Infrastrukturausstattung wird von der Regierung dort bewusst als Instrument genutzt, wo ein Wahlkreis von der Opposition gewonnen wird. So wurde im Stadtteil Potong Pasir, in dem ein Oppositionskandidat mehrfach bei den Parlamentswahlen gewinnen konnte, das Schwimmbad geschlossen, die Buslinien bis auf eine gestrichen oder verlegt und vom HDB durchzuführende Renovierungsarbeiten verzögert.

Dass bei dem Prozess der räumlichen Planung eine Beteiligung der betroffenen Bürger kaum stattfindet, erscheint daher nicht weiter verwunderlich. Sie ist allenfalls auf kleinräumiger Ebene möglich, z.B. über die halbstaatlichen *Grassroots Organizations* wie die *Singapore People's Association*, die nach Wohnvierteln organisiert ist. Solche Organisationen dienen der Regierung als eine Art Frühwarnsystem, das Strömungen in der Bevölkerung wahrnehmen und vor allem aufkommende Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik registrieren und ersticken soll. Es läßt sich abschließend also feststellen, daß die räumliche Planung in das unter dem langjährigen Regierungschef Lee Kuan Yew aufgebaute Herrschaftssystem der PAP fest eingefügt ist.

Weiterführende Literatur:
Perry, Martin, Lily Kong und Brenda Yeoh: Singapore – A developmental city state; Chichester 1997.
Westerholt, Ralph: Der Stadtstaat Singapur. In: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg, Band 85; Stuttgart 1995.

Michael Hollenhorst [michael_hollenhorst@hotmail.com] ist Diplomand am Institut für Geographie der Justus-Liebig-Universität Gießen. Seine Themenschwerpunkte sind Wirtschaftsgeographie und Südostasien. 1999 studierte er ein Semester an der National University of Singapore.

Webtipp

South Asia Network of Economic research Institutes (SANEI)

http://www.saneinetwork.org/index.asp

Das SANEI wurde 1998 mit dem Ziel der besseren Zusammenarbeit der Wirtschaftsforschungsinstitute in Südasien gegründet. Z. Zt. sind 40 Institute aus India, Nepal, Bangladesh, Sri Lanka und Pakistan Mitglied des SANEI. Auf der Website findet der Besucher neben Informationen zum Ziel des SANEI, seiner Struktur und den Mitgliedern des Kommitees auch Diskussionsforen sowie Links zu verwandten Organisationen und Publikationen. Eine Auflistung der laufenden und beendeten Studien der Mitglieds-Institute befindet man in der "Research section".

Diese Seite ist für jene interessant die sich für den Aufbau eines Netzwerks von Organisationen interessieren, aber auch für jene die sich über die Wirtschaft Südasiens informieren wollen.

Analyse des asiatischen e- und m-Commerce
anhand ausgewählter Beispiele

Harald Beer

E-Commerce und neue Möglichkeiten der Nutzung elektronischer Medien gelten mittlerweile weltweit als vielversprechende Wachstumsoptionen in den Bereichen Warenhandel und Telekommunikation. Dies gilt nicht zuletzt auch für viele Länder Süd- und Ostasiens, in denen in den letzten Jahren die technischen Voraussetzung zur Nutzung von Internet und *E-Commerce* weiter ausgebaut wurden. Im folgenden werden daher verschiedenste Aspekte der elektronischen Transaktions- und Kommunikationsmöglichkeiten in dieser Region betrachtet und in Hinsicht auf folgende Faktoren genauer unter die Lupe genommen:

User- und Wachstumszahlen

Stationäres vs. Mobiles Internet

Geographische Besonderheiten in der Nutzung elektronischer Medien

Eine aktuelle Studie von IDC (International Data Corp.) prognostiziert ein starkes Ansteigen der Internetuser in der Asien-Pazifik Region (exkl. Japan), welche 2005 die Zahl der Internetuser in den USA übersteigen wird. Von heute 60 Mio. Internetusern in dieser Region wird sich ihre Zahl innerhalb der nächsten 4 Jahre auf über 250 Mio. Internetusern mehr als vervierfachen. Hochgerechnet auf den Bevölkerungsanteil zu dieser Zeit würde das eine Penetrationsrate von 76 % in den USA bedeuten. Im Vergleich dazu würden im Asien-Pazifik Raum gerade mal 9 % der Bevölkerung über einen Anschluß verfügen [1].

Im Detail betrachtet ergibt sich innerhalb der Staatsgrenzen folgendes Bild:

China wies – einer halbjährlichen Studie von CNNIC (China Internet Network Information Center) zufolge, Ende Januar 2001 mehr als 22,5 Mio. Internetuser auf. Circa 15,5 Mio. User wählten sich per Modem ins Netz, 60 % nützten einen Privatanschluß. Im Schnitt surfte der Chinese 13,7 Stunden pro Woche. Allerdings kauften nur 32 % der chinesischen User online ein und weniger als 9 % beteiligten sich an einer Auktion [2].

Aus dieser Sicht sind die Prognosen bezüglich künftiger *e-Commerce*–Entwicklungen in China von 600 Mrd. US-Dollar anno 2005 [1] mit Vorsicht zu bewerten.

Im *m-Commerce*-Bereich wird für 2004 erwartet, dass jedes vierte Mobiltelefon in der Asien-Pazifik Region angemeldet sein wird, wobei sich nur 2,6 % der Telefone für das *wired-Internet* eignen werden [1].

Indien, ein weiterer schlafender Gigant, hat vor kurzem auf die Überholspur gewechselt, nicht in absoluten Zahlen, sondern in jährlichen Zuwächsen. Gab es in August 1995 noch 2.000 Internetanschlüsse, auf die 10.000 Personen Zugriff hatten, so stiegen diese Zahlen bis Juni 2000 auf 1,04 Mio. Anschlüsse, die von nunmehr 3,7 Mio. Leuten bedient werden können. Diese Zahlen hat die NASSCOM (National Association of Software and Service Companies) Indien in einer großangelegten Studie im 3. Quartal 2000 erhoben. Projiziert auf die Zukunft soll es in Indien Ende 2003 11 Mio. Anschlüsse für 23 Mio. potentieller User geben. Anhand der Nutzung des Internets sind in Indien andere Präferenzen festzustellen: Für 59,2 % stellt das Internet eine Informationsquelle und nur für 8,2 % ein Unterhaltungsmedium dar. Die meist genutzten Services sind Search-Engines (77 %), knapp gefolgt von E-Mail mit 73,4 % und Down-und Up-Load von Software (23 %). Über konkrete *e-* und *m-Commerce*-Aktivitäten wurden keine Zahlen veröffentlicht. Spekulationen über zukünftige Entwicklungen in diesen Bereichen lassen die relativ hohe Kreditkarten- (ein Fünftel) und Handypenetration (14 %) unter den Internetbesitzern zu [2].

Ein weiterer Majorplayer in der Region ist Korea mit 15,34 Mio. Internetusern gemäß des koreanischen Ministeriums für Information und Kommunikation. Der starke Anstieg in den letzten Jahren (Ende 1999 noch 1,5 Mio. Nutzer) ist vor allem auf die, von der Regierung gestützte, Penetration mit Billig-PCs zurückzuführen [2].

Eine rosige Zukunft versprechen sich vor allem die Mobilfunkbetreiber. Schon jetzt besitzen mehr Koreaner einen mobilen Anschluß (über 27 Mio.) als einen Festnetzapparat [2].

Sonderrolle Japans

Trotz dieser teilweise dramatischen Entwicklungen ist nach wie vor Japan in der Rolle des Schrittmachers in punkto Internet.

Das japanische Post- und Telekommunikationsministerium veröffentlichte im 2. Quartal 2001, dass 47 Mio. Japaner online sind (37,1% Bevölkerungsanteil). Berücksichtigt wurde dabei auch, dass gegenüber dem Vorjahr die Zugriffszahlen über mobile Endgeräte um 74% angestiegen sind. Bereits 24.4 Mio. Nutzer steigen regelmäßig über ihre Handys ins Internet ein [2].

Ein Faktor, der wesentlich zu diesem außergewöhnlichen Wachstum im Mobilfunk beiträgt, ist *i-Mode*. *I-Mode* ist ein Informationsservice für Handys, welcher von NTT DoCoMo zur Verfügung gestellt wird. Abonnenten bezahlen pro Monat zusätzlich zu ihren Gebühren 300 Yen (ca. 3 Euros). Als technologischer Standard werden „Standard Internet Protocols and Standards“ ver-

Anteile der Personen (> 16 Jahre) mit Internetzugang - nach Ländern

	Access at Home	Access at Work
Australia	50%	30%
Austria	42%	27%
Belgium/Luxembourg	39%	23%
Denmark	58%	38%
Finland	49%	37%
France	22%	17%
Germany	35%	22%
Hong Kong	58%	23%
Ireland	46%	25%
Italy	34%	14%
Netherlands	56%	28%
New Zealand	51%	31%
Norway	53%	38%
Singapore	56%	21%
Spain	20%	11%
South Korea	57%	17%
Sweden	61%	41%
Switzerland	43%	31%
Taiwan	50%	19%
UK	46%	26%
Source: Nielsen//NetRatings		Stand: Juni 2001

Quelle:http://www.cyberatlas.internet.com/big_picture/geographics/article/0,,5911_782281,00.html

wendet, allerdings um einige Extensions erweitert, um Internetseiten, Bilder und Animationen abbildbar zu machen. Die elektronischen Endgeräte werden von allen großen Industriekonglomeraten Japans hergestellt (Sony, Matsushita, Fujitsu, etc.) und verwenden eine Browser-Software von Access Systems Inc [3].

Zur Zeit beträgt die Datentransferrate 9,6 Kbits/s und wird voraussichtlich im 2. Halbjahr 2001 auf 384 Kbits/s erhöht werden und damit dem europäischen UMTS-Standard entsprechen [3]. Zur Zeit laufen in Japan bereits erste Pilotversuche. Die ersten 4000 User erhielten bereits Devices der 3. Generation (Panasonic, NEC) um die ersten Services zu testen [4].

Ein wesentlicher Faktor ist der permanente Online-Zustand der Geräte, die im Gegensatz zu den europäischen WAP-Handies auch wesentlich größere Displays aufweisen und 10 – 15 Linien problemlos meist in Farbe darstellbar machen [3]. Daher werden auch nicht Online-Gebühren im klassischen Sinne verrechnet, sondern entsprechend der geladenen Informationspakete (à 128 Bytes) je 0,3 Yen berechnet. Eine *i-Mode* Seite hat aber nie mehr als 5 Kilobytes, was bedeutet, dass die größtmögliche Seite unter 2 Yen kostet (109 Yen = 1 Euro) [3]. Dafür bekommen die User eine Menge an Services. Schätzungsweise 20.000 Applikationen werden derzeit von NTT DoCoMo angeboten [3] (Nähere Informationen sind unter der Website: www.nttdocomo.com/ nachzulesen).

Hervorzuheben ist das Nutzerverhalten der Japaner: 52 % der heruntergeladenen Daten bezogen sich auf Unterhaltung, 21% auf Transaktionen, 14% auf Nachrichten und 13 % auf Information [3].

Mittlerweile ist der japanische Service-Provider auch an einen Export seiner Applikation nach Europa interessiert. Zu diesem Zweck schloß NTT DoCoMo eine Kooperation mit KPN und hat damit einen potentiellen Zugang zu Märkten wie Holland, Deutschland, Österreich, Belgien, Italien, Frankreich, Spanien, Griechenland und der Türkei.

Allerdings gibt es hier unterschiedliche Marktbedingungen zu berücksichtigen, die sich erschwerend auf eine erfolgreiche Einführung von *i-Mode* in Europa auswirken könnten:

Japan hatte zum Zeitpunkt der Markteinführung von *i-Mode* eine relativ niedrige PC-Rate (1999, ca. 10%). Die japanischen Telefon- und ISP-Kosten (Internet Service Provider) sind im Vergleich zu Europa und den USA doppelt so teuer.

Japanischer Content im Internet ist selten. Dominierende Sprache ist englisch.

Lifestyle Muster: In Japan dominiert die „Langstreckenkommunikation“ gegenüber der alltäglichen Gesprächskultur [3].

Gebräuche: Die Penetration mit sogenannten „handheld“-Geräten ist in Japan traditionellerweise höher als in den anderen großen Industrienationen [3].

Der japanische Mobilfunkbetreibermarkt ist gegenüber seiner europäischen und amerikanischen Pendants weitaus konzentrierter.

Es gibt eine Menge anderer Faktoren, die *i-Mode* in Europa begünstigen. Etwa die schwache Performance von WAP, die im Widerspruch zur hohen Affinität der Handy-Nutzer zu mobilen Applikationen besteht [5].

Die Schlüsse, die aus den oben zitierten Statistiken zu ziehen sind, werden sehr unterschiedlich ausfallen. Marktschreierische Hyperwachstumszahlen sind zu relativieren, da sie sich meist am Zuwachs von Benutzern orientieren und nicht, wie es die Investorengemeinschaft fordert, an Umsatz- und Gewinnzahlen. Ein erfolgreiches Modell im mobilen Internet, wie es in Japan durch *i-Mode* umgesetzt wurde, wird in Europa aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen kaum Nachahmung finden. Als Vorbildwirkung für zukünftige Applikationsentwicklungen in Europa und den USA kann es allemal dienen.

Quellen:

[1] IDG (International Data Corporation); www.idg.net, internationales Unternehmen für Analysen, Markforschungsaktivitäten und Consulting im Internet
[2] Cyberatlas; http://cyberatlas.internet.com, Internetplatt für aussagekräftige Statistiken im Zusammenhang mit Internet, e-Commerce und allgemein e-Business
[3] Enders-@nalysis - Mobile Portal Strategy, Enders Analysis Limited, 3/2001
[4] Dan McDonough, Jr. “Despite Bugs, DoCoMo Readies 3G Trial”, Wireless NewsFactor, May 29th, 2001 (http://wireless.newsfactor.com/perl/printer/10055)
[5] ACS (Austrian Convergence Survey), März, 2001, im Auftrag von Ogilvy Interactive Worldwide

Mag. Harald K. Beer; war als Consultant für Nofrontiere Design AG, Vienna tätig und arbeitet jetzt bei Ogilvy Interactive Worldwide an der Entwicklung mobiler Plattformen.

Projektvorstellung
STORMA „Stability of Rainforest Margins“ in Indonesien

Veronika Fuest & Mai Lin Tjoa-Bonatz

Im Juli 2000 wurde der **Sonderforschungsbereich (SFB) 552** an der Georg-August-Universität Göttingen und der Gesamthochschule Kassel ins Leben gerufen. Sprecher des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten SFB ist *Prof. Dr. Gerhard Gerold*, Abt. für Landschaftsökologie am Geographischen Institut der Universität Göttingen. In diesem Forschungsverbund sind zwei indonesische Hochschulen integriert: das traditionsreiche *Institut Pertanian Bogor* auf Java (IPB) und die *Universitas Tadulako* in Palu, Zentralsulawesi. Hier bildet der Lore Lindu Nationalpark und seine Umgebung das Forschungsgebiet. Das Projekt vereint die unterschiedlichsten Disziplinen. Neben den Agrar- und Forstwissenschaften sind die Bioklimatologie und Fernerkundung, Biologie und Soziologie, ebenso die Agrarökonomie, Landschaftsökologie, Kulturgeographie und Bodenkunde vertreten. Mit diesem multidisziplinären Ansatz sollen die Wechselbeziehungen zwischen sozio-ökonomischen und ökologischen Prozessen aufgezeigt werden, um allgemeine Grundsätze für die Stabilität von Waldrandsystemen zu erkennen.

Die Ausgangshypothesen sind folgende:

Die Stabilität der Waldrandzone ist von der Stabilität der Landnutzungssysteme, also der Art und Intensität der Ressourcennutzung, abhängig.

Mit einer nachhaltigen Landnutzung werden irreversible Veränderungen im Wasser- und Nährstoffkreislauf vermieden.

Funktionen der Biodiversität beeinflussen die Nachhaltigkeit der Landnutzung und damit auch die Stabilität in der Regenwaldrandzone.

Materielle und energetische Prozesse werden im Waldrandsystem maßgeblich gesellschaftlich gesteuert.

Der Sonderforschungsbereich verfolgt mehrere langfristige Ziele:

Es soll ein fundiertes Verständnis der sozioökonomischen, biologischen und ökosystemaren Faktoren gewonnen werden, die im Gebiet der Regenwaldrandzone wirksam sind, sowie das Verständnis der vielfältigen Wechselwirkungen dieser Faktoren untereinander verbessert werden.

Es sollen ökologische und sozioökonomische Indikatoren der Instabilität identifiziert und auf ihre Generalisierbarkeit hin getestet werden.

Es sollen allgemeine Grundsätze und Verfahrensweisen der Ressourcennutzung entwickelt werden, die die Stabilität der Waldränder erhalten oder darauf hinwirken.

Es soll mit der Identifizierung kritischer Größen ein systemanalytischer Rahmen für „Rapid Appraisals“ von Waldrandgebieten entwickelt werden.

Die Bearbeitung dieser Fragestellungen erfolgt durch deutsch-indonesische Wissenschaftlerteams. Deutsche und indonesische Nachwuchswissenschaftler werden durch die DFG, den DAAD und andere Auslandsstipendien bzw. Stipendien des Indonesischen Bildungsministeriums finanziert. Die erste Phase dieses Langzeitprojekts läuft für 3 Jahre. Der SFB umfasst 17 Teilprojekte. Auf drei Ebenen wird der SFB koordiniert: Neben der zentralen Geschäftsstelle in Göttingen sind in Indonesien für die Abwicklung der lokalen Organisation und Verwaltung zwei Koordinationsbüros zuständig. Das STORMA-Büro in Bogor ist für die Koordination der indonesischen wissenschaftlichen Betreuer und die innerindonesische, institutionelle Anbindung zuständig, während das Feldbüro in Palu die Forscher und Forscherinnen vor Ort betreut und eine Verbindung mit den lokalen Behörden und Nichtregierungsorganisationen pflegt. Diese dient nicht nur der effektiven Umsetzung von STORMA-Belangen im indonesischen „Verwaltungsdschungel“ sondern unterstreicht auch den entwicklungspolitischen Ansatz von STORMA.

In den ersten vier Monaten dieses Jahres kamen allein mehr als 40 Deutsche nach Palu, hinzu kamen rund 20 Kooperationspartner aus Bogor. Zur Zeit arbeiten mehr als 20 deutsche Nachwuchswissenschaftler im Forschungsgebiet. Mittlerweile ist das Feldbüro in Palu zu einem Forschungszentrum auf dem Universitätskampus in Palu angewachsen. Hierzu gehören unter deutsch-indonesischer Leitung das Koordinationsbüro und ein hochtechnisiertes Labor, das mit der Verstärkung durch lokale Kräfte auch außerhalb des Projektes als Servicelabor seine Dienste anbietet. Das für die Boden- und Wasseranalyse wichtigste und zugleich teuerste Gerät (ICP-AES) kann bis zu 75 Elemente des Periodensystems messen.

Den Mitgliedern stehen 20 mit neuester Software ausgestattete Studentenbüros, zwei Seminarräume und Fahrzeuge für die Feldaufenthalte zur Verfügung. Mittlerweile zählt das STORMA-Büro in Palu 13 Angestellte.

Als Rahmenprogramm bietet STORMA regelmäßig Vorträge, Sprachkurse und interkulturelle Trainingseinheiten an.

Der Wissensaustausch und –transfer zwischen den Kulturen ist ein zentraler Aspekt des Sonderforschungsbereiches. Die Wissenschaftstätigkeit im Rahmen von STORMA bedingt gleichermaßen entwicklungsbezogenes Lernen und interkulturelle Sensibilisierung. Ungeachtet aller Hürden, die die interdisziplinäre und interkulturelle Zusammenarbeit eines Großprojekts auch mit sich bringt, zählt der erfahrungsgestützte Erkenntnisgewinn zu den nachhaltigsten Wirkungen auf deutscher und indonesischer Seite.

Nähere Informationen erhalten Sie unter *http://www.geogr.uni-goettingen.de/loe/projekte/sfb552/index.html*

Lageskizze von Sulawesi

Dr. Veronika Fuest [vfuest@gwdg.de] abeitet für das SFB-Koordinationsbüro Göttingen und Dr. Mai Lin Tjoa-Bonatz [tjoabonatz@hotmail.com] ist für das SFB-Koordinationsbüro in Palu tätig.

Webtipps

Asien nach der Wirtschaftskrise 1997

Der Report der World Bank behandelt die wirtschaftliche Erholung Ost-Asiens von der Krise im Jahr 1997. Der Report hat 116 Seiten und wurde vom Chef-Ökonomen der World Bank für Ost-Asien und den Pazifik, Masahiro Kawai verfasst. Der komplette Report kann als pdf-Dokument von der Seite der World Bank (*http://wbln0018.worldbank.org/eap/eap.nsf/General/C165476BD391ED6C8525695800341CAA?OpenDocument*) heruntergeladen werden.

In dem Report des Carnegie Endowment for International Peace werden die Auswirkungen der Krise auf die Mittelschicht untersucht. Der Report hat den Titel „After the Crisis: The Social Contract and the Middle Class in East Asia“ und umfasst 63 Seiten. Er kann unter folgender URL als pdf-Dokument heruntergeladen werden: *http://beta.ceip.org/files/news/crisis.asp?from=newsnews*

Eine unverzichtbare Informationsquelle für denjenigen der sich über die Krise in Asien informieren will, ist die Site des Asia Recovery Information Center (ARIC, *http://aric.adb.org/*), das im März 1999 in Sydney gegründet wurde. Die ARIC Website hat drei Schwerpunkte: beobachten der sozialen und wirtschaftlichen Einflüsse sowie die Erholung von der Krise, sammeln von Informationen über die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft auf die Krise und liefern von Beiträgen zum Dialog über politische Reformen. Beobachtet wird die Entwicklung in den 5 am meisten betroffenen Staaten (Indonesia, S-Korea, Malaysia, Philippines und Thailand). 40 Indikatoren aus den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Finanzen werden in Form von Tabellen und Graphiken angeboten. Eine Recherche-Funktion ist im Länderteil enthalten, ebenso wie eine Übersicht zu Konferenzen.

Eine umfassende Sammlung von Online-Quellen zur Asienkrise hat Nouriel Roubini (Associate Professor of Economics and International Business, Stern School of Business, New York University und Senior Advisor to the Under Secretary for International Affairs for the US Treasury Department) unter dieser Adresse *http://www.stern.nyu.edu/~nroubini/asia/AsiaHomepage.htm* zusammengestellt. Die Daten reichen von 1997 bis heute und behandeln Themen von Brazilien und Lateinamerika bis „G-7 Macroeconomic Issues, Policy Coordination and Target Zone Controversies.“ Grundlegende Informationen zur Asienkrise sind ebenso vorhanden wie aktuelle Artikel zu verwandten Themen, Arbeitspapiere, Veröffentlichungen und Mailinglisten. Für den an der Wirtschaftskrise in Asien Interessierten eine wertvolle Informationsquelle.

International Conference, Hong Kong, 4-6th of January 2001

Labour in a Globalising World: The Challenge for Asia

Rolf Jordan

Im Mittelpunkt der vom *Centre for Comparative Public Management and Social Policy* an der *City University of Hong Kong* ausgerichteten internationalen Konferenz standen, ausgehend von den sich rapide wandelnden Arbeitsmarktstrukturen im asiatisch-pazifischen Raum, Fragen nach den Beschäftigungs- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen dieses Wandels. Die Konferenz knüpfte damit an sozialwissenschaftliche Diskussionen an, die vor allem seit Ausbruch der 'Asienkrise' Ende 1997 verstärkt die Widersprüchlichkeiten rapider Industrialisierung und Weltmarktintegration in der Region thematisieren.

Die Bandbreite der präsentierten Beiträge reichte von Aspekten einer vielfältigen Segmentierung von Arbeitsmärkten als Folge von Globalisierungsprozessen über Fragen zu Arbeitsmarktbeziehungen und wohlfahrtsstaatlichen und arbeitsrechtlichen Entwicklungen bis hin zu unterschiedlichen Formen institutioneller Reformen in diesem Bereich und den Organisationsbedingungen gewerkschaftlicher und sozialer Bewegungen. Angesicht der Vielzahl an Beiträgen können hier die thematischen Schwerpunkte der Konferenz bestenfalls kursorisch vorgestellt werden, ohne auf einzelne Beiträge oder auch die sich daran anschliessenden Diskussionen näher eingehen zu können.

Im Kontext von Globalisierung und arbeitsmarktstrukturellen Veränderungen und den zumeist nur rudimentär entwickelten arbeitsrechtlichen Strukturen in der Region konzentrierten sich einige der Beiträge u.a. auf den Problembereich Arbeitsmarktsegmentation sowie auf arbeitsrechtliche Aspekte und Fragen der gewerkschaftlichen Organsiation unter den Bedingungen von Globalisierung und Weltmarktintegration. Hierbei galt es, vor dem Hintergrund von Globalisierung und Regionalisierung spezifische Strukturbedingungen der Arbeitsmärkte in der Region kritisch zu diskutieren. Dabei reichte die thematische Bandbreite der Beiträge von den Arbeitsbedingungen ausländischer Arbeitskräfte in Malaysia bis hin zu neuen Formen der Ausdifferenzierung von Beschäftigungsstrukturen in Japan und Südkorea. Einen weiteren Themenschwerpunkt bildeten 'Arbeitsrechte, soziale Bewegungen und institutionelle Reformen'. Hier standen komperative Aspekte arbeitsrechtlicher und gewerkschaftlicher Entwicklungen ebenso wie Studien zur Situation in einzelnen Ländern der Region, vor allem auch in der Volksrepublik China, im Mittelpunkt. Bereits der erste Konferenztag zeigte sehr deutlich, dass die Prozesse der Industrialisierung und Weltmarktintegration zumeist zu Fragementierungen der Arbeitsmärkte in der Region geführt haben und sich gleichzeitig sozialpolitische und vor allem gewerkschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten nur eingeschränkt entwickeln konnten. Dies bestätigte letztlich eine der Eingangsthesen: *Free Trade Zones* als Standorte arbeitsintensiver Exportproduktion sind Kernelemente globaler Produktionsstrukturen und werden vor allem in authoritär regierten Staaten mit fehlender oder eher schwach ausgebildeter gewerkschaftlicher Organisation der Arbeiter angesiedelt.

Zugeschnitten auf Entwicklungen in Hong Kong und der VR China beschäftigten sich andere Beiträge mit arbeitsrechtlichen Fragen und den Möglichkeiten gewerkschaftlicher Organisation, vor allem auch vor dem Hintergrund des WTO-Beitritts Chinas. Dabei wurden auch Fragen nach dem je spezifischen Umgang mit Arbeitslosigkeit und den psychischen Folgen für die Betroffenen in Hong Kong sowie nach den unterschiedlichen Strategien marginalisierter Beschäftigtengruppen im Umgang mit ihren Arbeitsbedingungen, den dabei entwickelten offenen und latenten Wiederstandsformen und den hierbei sich herausbildenden sozialen Netzwerken in diesem Bereich erörtert. Besonderer Wert wurde hierbei auf den Zusammenhang von Arbeitsmärkten und Wohlfahrtsstaatlichkeit gelegt. Im Mittelpunkt der Beiträge standen vor allem Fragen nach den Grenzen sozialpolitischer und gewerkschaftlicher Gestaltungsmöglichkeiten unter Globalisierungsbedingungen. Ein besonderes Augenmerk galt dabei der seit 1997 beobachtbaren Zunahme von Arbeitslosigkeit in der gesamten Region, die besondere Anforderungen an die sozialen Sicherungssysteme nicht nur Hong Kongs stellt.

Den Abschluß der Konferenz bildete ein 'China-Panel' mit Beiträgen zu aktuellen Arbeitsmarktentwicklungen in China, in dessen Mittelpunkt einmal mehr die Frage nach den Folgen des WTO-Beitritts für die Arbeitsbeziehungen und die gewerkschaftliche Organistation besonders in den Exportindustrien der Küstenregionen standen.

Insgesamt ist die Konferenz als ein gelungener Versuch zu sehen, aktuelle sozialwissenschaftliche Diskussionen zu sozialen und politischen Entwicklungen in der Region aufzugreifen und in ihren unterschiedlichen Aspekten miteinander zu verknüpfen. Den Hintergrund bildeten dabei sowohl Prozesse zunehmen-

der Globalisierung, wie etwa die weitere Ausbreitung exportorientierter Produktionszonen in der Region und der WTO-Beitritt Chinas, als auch die konkreten Krisenerfahrungen vieler Länder der Region seit 1997. Besonders hervorzuheben ist die gelungene Verknüpfung unterschiedlicher Ebenen: die Beiträge und Diskussionen richteten sich nicht nur auf die Makroebene 'Globalisierung', sondern ebenso auf die Folgen dieser Entwicklung in der Region insgesamt und auf die konkreten Auswirkungen für die Menschen vor Ort. Kritisch anzumerken bleibt allerdings, dass nicht zuletzt aufgrund der Menge an Beiträgen und Diskussionen ein wesentlicher Aspekt der aktuellen Entwicklungen in der Region kaum thematisiert werden konnte: die Frage nach dem Verhältnis von Globalisierung und Nationalstaat und der Rolle staatlicher Politik bei der Integration vieler Länder in den Weltmarkt, etwa durch die Schaffung spezieller Exportzonen mit deutlich eingeschränkten arbeitsrechtlichen Bestimmungen und dem zumeist völligen Fehlen von Gewerkschaften.

Abschliessend soll aber nicht vergessen werden, auf die sehr gute Organisation der gesamten Tagung hinzuweisen, ohne die die Vielfalt an präsentierten Themen und Diskussionen nicht möglich gewesen wäre. Weitere Informationen zur Tagung und der geplanten Veröffentlichung eines Teils der Beiträge über Ms Kitty Poon vom Conference Secretariat unter *rmkpoon@cityu.edu.hk.*

Rolf Jordan [rojordan@hrz.uni-kassel.de] abeitet für das SFB-Koordinationsbüro Göttingen

Webtipps

Asia Pacific Management Forum

http://www.apmforum.com/

Hierbei handelt es sich um einen Zusammenschluß von Orient Pacific Century (einem asiatischen Business und Management Consulting Unternehmen) und einigen Universiten aus dem pazifischen Raum. Angeboten werden tägliche und monatliche Kolumnen, über 1000 Einträge in einer recherchierbaren Datenbank von verwandten Websites, vertiefende Artikel sowie Links zu Websites mit Übersichtreports zu Wirtschaft und Märkten, Abstracts von Forschungsberichten und Karten. Kurzberichte zu Asien, Malaysia, Thailand, Indonesia und Singapure sind ebenso verfügbar wie über 25 Forschungsberichte im pdf-Format und eine umfangreiche Datenbank mit Abstracts von Forschungsberichten.

Kunst

Die National Gallery of Australia bietet auf dieser Site (*http://www.nga.gov.au/Search/*) die Möglichkeit einer Recherche in der Sammlung der National Gallery of Australia (Canberra). Gesucht werden kann nach Künstler, Titel, Stichwort oder „Recorde Typ". Die erweitere Suchfunktion beinhaltet u.a. noch Medienkategory (z.B. Lederware, Bekleidungszubehör), Medienart (Skulptur oder Gemälde) oder Herstellungsort. Allgemeine Infos zur Nationalgalerie findet der Userv unter http://www.nga.gov.au.

Skulpturen von Angkor und frühes Kambodscha

http://www.nga.gov/exhibitions/camwel.htm

De National Gallery of Art bietet auf dieser Site die Möglichkeit eines virtu ellen Besuchs von Angkor und dem frühen Kambodscha. Jeder Bereich beinhaltet eine Einführung (Text). Jedes Objekt kann ausgewählt werden um entweder das Bild zu vergrößern oder mehr Informationen zu erhalten. Kommentare über RealAudio sind ebenfalls vorhanden.

Adorned Buddha Protected by the Naga

Quelle: http://www.nga.gov/exhibitions/cambodia/camrm7-6.htm

Angkor period, style of Angkor Wat,
1st half of 12th century; sandstone;

China in the New Millenium - Asian Great Power between Integration and Hegemonic Ambitions

Workshop report - October 13th, 2000 in Munich

Anja Jetschke

What is China's proper place in international politics? What role does China want to play in the world and how do its power aspirations translate into actual policies? What can we learn from China's policies regarding Taiwan, non-proliferation and international trade, about its commitment to play a greater, but responsible role in international politics?

These questions constituted the centre of a roundtable workshop jointly organised by the Herbert-Quandt-Foundation of the BMW AG of Munich and the Department of Political Science of the Albert-Ludwigs-University Freiburg held on October 13th, 2000 in Munich. The roundtable workshop brought together German specialists on China from academia, government, business and media. The workshop was divided into two major panels entitled "China in international politics", and "China as economic power". Given the variety of professional backgrounds of the participants, the assessments of China's actual policies and future policy options were quite diverse, thus stimulating lively debates.

Karl-Gottfried Kindermann of the Ludwigs-Maximilans-University Munich focused his presentation on China's historical background and its experiences with Western powers to gain a better understanding of Peking's current policies in the international realm. The Chinese leadership had learned an important lesson from its historical experience: That it needed to maintain its autonomy and sovereignty and that playing a greater international role was a key instrument to realise this goal. According to Kindermann, China's foreign policy, which often enough appeared quite contradictory to many observers, was shaped by the Chinese leadership's perception that its current political weight in international politics did not equal its cultural significance.

These perceptions found their expression in a propensity for "Realpolitik" and explicit activities to change the global power balance in its favour, while at the same time maintain the maximum level of autonomy. China was trying to shift the international system toward a multipolar one, it tried to demonstrate strength in the United Nations' security council and to forge an anti-Western alliance with Russia to counterbalance the US. Its successes in pursuing these goals have, according to Kindermann, intensified China's self-perception and have led to an ever more self-conscious approach.

Although less historically oriented, the subsequent presentation by Frank Umbach of the Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin (German Society for Foreign Policy) seemed to confirm this assessment. Umbach dealt with China's security policy and its role in multilateral security regimes. He expressed his concern over the marked increase in China's military expenditures and its plans to modernise the armed forces – an issue that has become more important with the recently announced drastic rises in defense expenditures. China's foreign policy has to be seen as a result of the increased influence of the military leadership in the political realm. A series of domestic problems, most importantly related to its political transformation, has ultimately strengthened the military's role in the domestic political process and has sped up China's modernisation of military equipment and an expansion of its nuclear weapons arsenal. These developments provide a background to China's aspirations for a greater role in the international community. Given the military's larger influence in the decision making process and the civilian leadership's inability to consolidate its position in the domestic power struggle, Umbach saw a pattern of non-cooperation in China's foreign policy emerging, which made it extremely difficult for China's neighbours to assess the motivation behind many activities, such as in the Spratly Islands. While Umbach regarded perspectives for China's compliance with international security regimes as rather bleak, most importantly the Non-Proliferation Treaty, its membership and integration in international and regional institutions such as the Asian Regional Forum, and the Missile Technology Control Regime (MTCR), would ultimately provide the necessary domestic political space to pursue badly needed domestic reforms.

Umbach's point of departure were the hard facts of China's armament policies. Compared to the 1999 budget, the defence budget had increased remarkably, by 12,7 percent. The military leadership envisioned a complete modernisation of the Chinese military equipment: It would upgrade air force capabilities by purchasing Russian air fighters to achieve and maintain a strategic superiority in the sky. Such a move has been regarded by observers as a continued commitment to the invasion of Taiwan. The Chinese leadership has also developed plans to increase its

nuclear power arsenal and develop a strategic parity with Russia, reflecting its willingness to change the global military strategic balance. Unlike France and Britain, China has not voluntarily restricted its nuclear arsenal. Nor is it bound by an international treaty to limit its nuclear weapons. China's defence activities had hence given rise to security concerns on the part of China's neighbours India and Russia and induced a new round of military competition.

Kay Möller of the Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin focused on the question of political legitimacy to explain the Chinese leadership's difficulties in contributing to a solution of long-standing conflicts, especially the one with and over Taiwan, and analysed the likelihood of an internationally mediated solution. Möller argued that a solution of the Taiwan problem was not in sight: for both countries the conflict has features of a zero sum game. Key to any understanding of the nature of the problem is political legitimacy. The Chinese government's political legitimacy is deeply challenged by the democratic Taiwanese political regime. Any integration of China and Taiwan and be it in a loose political framework would ultimately bring to the fore the many political contradictions in China, while the very survival of the Taiwanese government depends on its autonomy. Faced with hardened positions of the Taiwanese government (the two states policy), China has begun a power play by consciously linking the Taiwan question to political questions in its bilateral relations with the US, especially in the area of non-proliferation and disarmament.

While China was far from realising its power aspirations with regard to Taiwan in a military way – it would take at least ten years modernise the Chinese army – the unresolved China-Taiwan conflict continues to pose a security threat in Northeast Asia. Some of China's neighbours are aligned to the US and would ultimately become involved in a military conflict. Moreover, an armed conflict would definitely threaten the regional status quo and the fragile regional power balance. Despite these common perceptions of China's immediate neighbours, neither Western states (the US and the EU) nor Asian states (Japan, South Korea, Southeast Asian) agree on a collective approach toward China and Taiwan, as their threat perceptions and economic interests vary widely.

Eberhard Sandschneider of the Centre for East Asian and China Studies of the Free University of Berlin presented his assessment of China's foreign policy in a paper entitled 'Chinese power play in the South China Sea: Peking on an expansion course?'. He saw clear indications that China aspires for greater political influence in the region and wants to become a regional power. He chose three areas to illustrate this argument: military policies, especially armament, the Spratly island conflict and the Taiwan question. The rise of Chinese military expenditures, its White Book on defence policy, the greater autonomy of action of the Chinese military in domestic politics, and China's test of nuclear weapons in May 1998 are all indicative of a China, which wants to demonstrate its political power ambitions. With regard to its military policy, China's security policy poses the question whether it would accept confidence and security building measures. Such a perspective gives rise to the question to what degree the Asian Regional Forum will be able to influence China's security policy.

In the case of the Spratly islands, the Chinese leadership has renewed its claims to the islands. Its policy has prompted reactions by the US government and neighbouring countries and has made a military escalation more likely. In the Taiwan conflict, where China has acted more self-consciously in the past months, as well, a military escalation seems to have equally become more likely. Since the Taiwanese leadership has just changed, however, there were chances that the new leadership would try to pursue a diplomatic solution to the problem. Sandschneider expressed his general impression that economic globalisation creates a kind of adaptational pressure on the Chinese leadership leading to a slow but continuous move toward democratisation.

Rolf J. Langhammer of the Institute for World Economy at the Christian-Albrechts-University Kiel opened the second panel on China's economic potential. Departing from a very informative description of the preparations for China's WTO accession, Langhammer focused on the consequences and perspectives of China's membership to the World Trade Organization. Langhammer called China's WTO accession a 'quantum leap' for the international community, given the economic benefits and its significance for strengthening the WTO as such. As a consequence of China's WTO entry, Langhammer predicted great increases in China's exports (to 600 billion US$ per year until 2005), an expansion of foreign direct investment to approximately 100 billion US$, and a rise in productivity as a result of the better allocation of labour and capital. Langhammer also provided a differentiated picture of the benefits for China's trading partners. Industrialised countries would profit foremostly from lower tariff structures, which would lower the prices for imported Chinese products and increase the prices of industrialised countries' own export products. Developing countries' balance sheet would look less positive, as a greater share of Chinese products on the world market will ultimately compete with their products and exert some adaptational pressure on countries like

**Symbol of Economic Power:
The World Financial Centre in Shanghai
will be the tallest office building of the world after
its completition due in 2006**

India and Thailand to lower their prices (especially in the textile industry). These countries will, however, also benefit from a greater domestic demand in China.

The WTO, finally, would be strengthened, if other states insisted on a full implementation of WTO rules and used the arbitration mechanism of the organization. The WTO's monitoring and control mechanisms can stimulate reforms in the Chinese legal structure and lead to reforms with regard to state owned enterprises. Summing up his presentation, Langhammer argued that China's WTO accession ultimately strengthens China's role as an economic great power in East Asia. He predicted a shift in economic growth from Southeast Asia to Northeast Asia. Conflicts will primarily arise due to China's predictable adaptation problems in the legal area, which will ultimately provide a test for WTO arbitration mechanisms.

In his presentation, Markus Taube of the Gerhard-Mercator University Duisburg focused on the impact of the Asian crisis on China's economy ('After the Asian crisis: China's economy between boom and crisis'). He argued that China has escaped the disastrous effects of the Asian financial crises because one central transmission mechanism was missing: currency convertibility. Yet, the crisis affected the Chinese economy primarily via two ways: cross-border exchange of goods and direct investments. According to Taube, the Asian crisis led to a decrease in the capital stocks and assets, it had led to shift in relative price structures and intensified problems related to over capacities. There is, however, a domestic reason for China's rapid deterioration in economic growth, especially the low level of domestic consumption. Despite this economic down turn, the latest economic data on China shows that the economy is in a rehabilitation phase. Gross domestic product increased by almost 1 percent in the first quarter of the year 2000, exports significantly rose from 16.2 percent (4th quarter 1999) to almost 40 percent (1st quarter 2000), and with the exception of mineral oil, prices declined.

Taube was sceptical, however, that China's economy would experience another 'boom'. First, investment activities are largely stimulated by governmental programs and have not developed an independent force and, second, the sharp increase in prices for mineral oil are likely to lead to rising price levels, too. Third, the flow of foreign direct investment is still below the level of previous years. Finally, China's WTO accession creates insecurities, which will equally affect economic growth. Taube's assessment of China's future development in the economic realm was ambivalent. On the one hand, he predicted that China's sensitivity concerning external shocks would rise due to the WTO accession. On the other hand, the Asian financial crisis has forged a remedy of 'weak points' enhancing the Chinese economies' ability to deal with external shocks in the future.

Despite the variety of issues discussed, and individual differences in viewpoints, the participants overwhelmingly agreed, that China's policies hint at a process in which it has started to actively shape its international environment. The key variables, which ultimately seem to determine whether or not China will play a constructive and cooperative role in the future, appear to be domestic ones, especially the distribution of power among civilian and military policy-makers. One constant topic shaping debates in both panels was the Taiwan question. It turned out to be a prominent issue, because participants regard it as key to domestic reforms linked to China's democratic transformation and because the WTO accession of China poses new challenges to the status quo.

The workshop benefited immensely from the ability of the two conveyors, Dr. Horst Teltschik, member of the board of directors of the Herbert-Quandt-Foundation, and Prof. Dr. Jürgen Rüland of the University of Freiburg to moderate the workshop, structure the debates and shift the focus on those issues which were of central concern for all participants.

Dr. Anja Jetschke [jetschke@uni-freiburg.de] is currently working as Assistant Professor at the Department of Political Science, International Relations Department, University of Freiburg

Das Science Education Quality Improvement Project (SEQIP) der GTZ in Indonesien

Erfahrungsbericht einer Hospitantin in Indonesien

Christine Winkelmann

Von Januar bis März diesen Jahres hatte ich Gelegenheit, als Hospitantin an dem Projekt SEQIP praktisch mitzuarbeiten. Das Projekt ist eine Kooperation zwischen GTZ, KFW und dem indonesischen Erziehungsministerium, wo das Projekt auch angesiedelt ist. Das Projektziel von SEQIP ist die nachhaltige Verbesserung des naturwissenschaftlichen Unterrichts an Grundschulen im Projektgebiet, das zur Zeit folgende Regionen umfaßt: Jakarta, Zentral- und Ostjava, Südkalimantan, Südsulawesi, West Nusa Tenggara und Irian Jaya.

Die Situation an indonesischen Grundschulen ist häufig durch diverse Mißstände wie z. B. veraltete Lehrbücher, schlecht ausgebildete Lehrer, eine große Klassenstärke, schlechtes Experimentiermaterial und langweiligen Frontalunterricht mit Auswendiglernen von Fakten gekennzeichnet. Durch das Projekt sollen diese Unzulänglichkeiten wirksam bekämpft werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wählte man Ansatzpunkte auf verschiedenen Ebenen. Zunächst wurden Materialien für grundlegende Experimente im naturwissenschaftlichen Bereich entwickelt und in sogenannten Lehrer- und Schüler-Kits zu Themen wie Magnetismus, Elektrizität etc. zusammengestellt. Damit die Lehrkräfte die Materialien verwenden und Experimente in den Unterricht integrieren können, wurde ein Lehrerhandbuch für sie entwickelt, das ihnen dabei helfen soll, den Unterricht unter Einbeziehung des Experimentiermaterials anschaulich und interessant zu gestalten. Konkret heißt das, dass man den Lehrern nicht nur genau die Experimente erklärt, sondern ihnen auch Stundenentwürfe an die Hand gibt, mit denen sie eine neue Form des Unterrichtens, bei der Schüleraktivität und –erkenntnis im Mittelpunkt stehen, ausprobieren können. Am wichtigsten für den Übergang zu einem schülerzentrierten Unterricht ist jedoch die dritte Komponente des Projekts, nämlich die Fortbildung der Lehrer. In der mehrteiligen Fortbildung wird ausgewählten Lehrkräften der Naturwissenschaften die Möglichkeit gegeben, sich in das Experimentiermaterial der Schüler– und Lehrer-Kits, die Experimente samt ihres naturwissenschaftlichen Hintergrunds und die fachspezifische Didaktik einzuarbeiten. Während dieser Fortbildungen haben die Lehrkräfte die Möglichkeit, selbst mit dem Material zu experimentieren und gemeinsam mit ihren Kollegen Modellstunden zu entwickeln und auszuprobieren. Dies alles geschieht unter der Anleitung besonders ausgebildeter Berater. Unter Berücksichtigung des indonesischen Schulverbundsystems, in dem ca. 6 Schulen zu einer Gruppe zusammengefaßt sind, werden zudem Lehrerarbeitsgruppen eingerichtet. In diesen Arbeitsgruppen erhalten die naturwissenschaftlichen Lehrkräfte die Gelegenheit, sich fachlich und fachdidaktisch fortzubilden. Obwohl die Lehrenden der Naturkunde in der Regel Physik, Chemie oder Biologie studiert haben, besteht trotzdem die Notwendigkeit einer fachlichen Weiterbildung, da es leider keine Seltenheit ist, daß ausgebildete Naturkundelehrer gravierende Mängel in ihrem Fach aufweisen.

Meine Hauptaufgabe während der Hospitation bei SEQIP bestand vor allem in der Anpassung des SEQIP-Konzepts an die speziellen Bedürfnisse von entlegenen Grundschulen im Projektgebiet. Die Situation dieser Grundschulen ist durch ihre abgeschiedene Lage, geringe Lehrer- und Schülerzahlen, eine primitive Ausstattung und eine schlechte finanzielle Situation geprägt. Auf Grund der Abgeschiedenheit dieser Regionen sind manche Innovationen dort nicht bekannt, und der Erfahrungshorizont der Schüler ist völlig anders als der ihrer Altersgenossen in den Städten und auf den Hauptinseln. Gleichzeitig leiden diese Regionen unter großer Armut, bei deren Bekämpfung die Grundbildung eine Schlüsselrolle einnimmt.

Dies alles muss bei der Entwicklung eines Trainingsprogramms für die Lehrkräfte und entsprechender Lehrmaterialien für den Einsatz an diesen Grundschulen berücksichtigt werden.
Wie ein sorgfältiges Monitoring und eine Projektfortschrittskontrolle ergaben, ist die Durchführung des seit 1994 existierenden Projekts sehr erfolgreich. Die Zahl der vom Projekt betreuten Schulen wächst kontinuierlich. Zur Zeit wird geprüft, ob es gemäß dem Wunsch des indonesischen Erziehungsministeriums für SEQIP eine zweite Implementierungsphase, sprich die weitere Vergrößerung des Projekts ab dem Jahr 2003 geben wird. Ich halte dies für wünschenswert, da Grundbildungsprojekte im Bereich der langfristigen Armutsbekämpfung von enormer Wichtigkeit sind und einen Beitrag dabei leisten, der immer größer werdenden Ungleichheit beim Zugang zu Wissen in der heutigen Informations- und Wissensgesellschaft entgegenzuwirken.

Die zweimonatige Hospitation bei

SEQIP war für mich eine wertvolle Erfahrung, da ich vom ersten Tag an konkrete Mitarbeit in dem Projekt leisten konnte und binnen kürzester Zeit im Team von SEQIP integriert war. Von der GTZ erhielt ich für die zwei Monate meines Aufenthaltes einen Pauschalsatz von 3.500 DM, von dem ich die Kosten für Flug, Auslandskrankenversicherung und Unterbringung bezahlen konnte. Mein sehr positiver Gesamteindruck basiert vor allem auf dem Gleichgewicht zwischen dem, was ich in dem Projekt gelernt habe und dem, was ich zu der Arbeit des Projekts beitragen konnte.

Christine Winkelmann [cwinkelmann@hotmail.com] studierte an der Universität Köln Sinologie, Malaiologie und Germanistik. Sie promoviert seit Mai 2001 bei Prof. L. Bieg im Bereich Moderne Chinastudien in Köln.

Webtipps

Vietnam War Declassification Project

http://www.ford.utexas.edu/library/exhibits/vietnam/vietnam.htm

Anläßlich des 25. jährigen Jahrestages des Falls von Phnom Penh und Saigon veröffentlicht die Ford Presidential Library fast 30,000 Seiten an freigegebenen Unterlagen zum Vietnam-Krieg. Die meisten Dokumente sind von Henry Kissinger und Brent Scowcroft, den damaligen Nationalensicherheitsberatern, oder dem National Security Council. Auch Dokumente von President Ford's 'Country Files' zu Vietnam, Cambodia, and Laos sind dabei, ebenso wie "sensitive messages" und 'Memcons,' (Memoranden für die Kommunikation oberer Ebene). Die Navigation erfolgt über eine Themenliste. Von einzelnen Dokumenten sind Volltexte vorhanden, auch gibt es Fotos. Die meisten Dokumente liegen als "Bild" vor, darunter das Telegramm von H. Kissinger in dem er Saigon Pres. Ford's Entscheidung zur Evakuierung mitteilt, Funksprüche von Helikopterbesatzungen während der Evakuierung, Kabinet-Meetings, National Security Council Meetings, General Fred C. Weyand's Vietnam Assessment Report vom 4. April 1975 sowie Dokumente zum Mayaguez-Vorfall.

Korea-Krieg

http://www.whistlestop.org/study_collections/korea/large/index.htm

Diese Site des Harry S. Truman Online Digital Archive ist eine gute Quelle für Unterrichts- oder Forschungsmaterial zum Korea-Krieg. Das meiste Material ist nach Wochen sortiert. Vorhanden sind eine Chronologie, Briefe, Telegramme, Memoranden, der Kalender des Präsidenten und andere digitalisierte Dokumente die den Fortlauf des Krieges auf einer täglichen und wöchentlichen Basis beschreiben. Bisher sind wohl nur die ersten Wochen (24.6.-21.7.1950) komplett. Photos, Lehrmaterial und Links zu verwandten Sites gibt ist ebenfalls.

Praktikumsangebot

INDOCHINA SERVICES
AMERICAS - EUROPE - ASIA
Vietnam ▪ Cambodia ▪ Laos ▪ Myanmar

BOOKING OFFICE EUROPE:
Enzianstr. 4a, 82319 Starnberg/Germany

Wir bieten:

- Abwechslungreiches und selbständiges Arbeiten
- Verschiedene Arbeitsbereiche z.B.
  Buchung, Kundenakquisition,
  Unterstützung der Presseabteilung
- Praktikumsbegleitende Betreuung
- Gutes Betriebsklima
- Vergütung: 800 DM monatlich
- Dauer: 4-6 Monate

Wir sind:

...eine erfolgreiche Incoming Agentur für die Länder Myanmar, Laos, Kambodscha und Vietnam mit Sitz in Starnberg / München.
Tourist Offices Myanmar und Kambodscha

Was wir erwarten:

- ✓ gute Englischkenntnisse
- ✓ Umgang mit dem PC
- ✓ selbständiges Arbeiten

Ausführliche Infos unter Telefon:

08151 - 77 02 22

APSA